Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für die Bezugs-Woche, fällig bei Abholung, 60 Goldpfennig frei Haus. Abholerkarte 58 Goldpfennig. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 15 Gold-Pfennige, bei 6 Seiten 20, Sonnabends 25 Gold-Pfennige.

Zu Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftsstunden: Kleine Ritterstr. 8.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetr. Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Stadt Merseburg

mit den wöchentlichen Beiblättern: Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem zwanzigs erscheinender Chronist von Merseburg

Anzeigenpreise. Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 28 Goldpfennige; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfennige Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen werden nur bezahlt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.

Postschecktonto: Leipzig 39 970.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 666.

Nr 18 — Dienstag den 22. Januar 1924 — 50. Jahrg.

Schwere Aufgaben für Macdonald.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Dem englischen Arbeiterführer Ramsay Macdonald wird, wenn er in diesen Tagen das Amt des Premierministers antritt, keine noch so kurze Pause zur Einarbeitung in seinen neuen Wirkungskreis gegönnt sein. Schon jetzt erwachsen ihm dringende Aufgaben, deren Lösung an die Fähigkeiten, den Takt und die Umsicht des künftigen englischen Staatslenkers die höchsten Anforderungen stellen. Und zwar will es eine eigenartige Fügung des Schicksals, daß ihm die ersten innerpolitischen Schwierigkeiten aus den Reihen seiner Anhänger selbst, nämlich aus der Arbeiterschaft erwachsen.

Der Streik der Eisenbahner

stellt die künftige Arbeiterregierung vor eine Probe, die sicher nicht leicht zu bestehen sein wird. Die Arbeiterregierung wird einen heftigen inneren Zwiespalt zwischen ihren natürlichen Sympathien für ihren Klassengenossen und den Erfordernissen des Staatsinteresses zu überwinden haben. Kein Zweifel, der Streik der Lokomotivführer und Heizer, dem sich auch zahlreiche andere Eisenbahner angeschlossen haben, ist ein schwerer Schlag für das schon ohnedies darniederliegende englische Wirtschaftsleben, und es wird Aufgabe der Regierung sein, für seine möglichst schnelle Beendigung Sorge zu tragen. Auch nach der Übergewinnung führender Arbeiterkreise in England ist der Streik leichtfertig vom Zaun gebrochen worden. Denn die Bezahlung der Lokomotivführer in England ist, besonders nach unseren Begriffen, keineswegs niedrig. Nach dem von den Lokomotivführern abgelehnten Schiedsspruch hätten sie im ungünstigsten Fall 6 Pfund Sterling, also über 100 Mark wöchentlich als Mindestlohn erhalten. Die übrigen großen Eisenbahnerorganisationen haben denn auch den Schiedsspruch des Lohnamtes angenommen. Nur der Verband der Lokomotivführer und Heizer hat ihn abgelehnt trotz des Widerspruches der Führer der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen. Auch ein Vermittlungsversuch des Generalkongresses der Trades Unions ist gescheitert. Der Führer der Lokomotivführergewerkschaft, Bromsen hat auf den Hinweis auf die bedenklichen politischen Folgen des Streiks geantwortet: „Mag die Arbeiterschaft zum Teufel gehen, wenn ihre Existenz uns schlechtere Löhne einbringt."

Die englische Arbeiterpartei muß also, noch ehe sie überhaupt in den Besitz der Macht gelangt ist, dieselben traurigen Erfahrungen machen, die auch der deutschen Sozialdemokratie nicht erspart geblieben sind. Gewisse Kreise geben sich nun einmal dem Wahn hin, der Besitz der politischen Macht müsse sich sofort in barem Geld ausmünzen lassen. Das ist die Geistesverfassung, die in **Deutschland die Revolution in eine bloße Lohnbewegung** zu verwandeln bemüht war. Die besonnenen englischen Arbeiterführer, die sich ihrer politischen Verantwortung bewußt sind, haben es nicht vermocht, sich gegenüber diesen radikalen Tendenzen durchzusetzen. Mit Recht ist ihnen deshalb entgegengehalten worden: „Wenn Macdonald nicht in der Lage ist, die kleine Lokomotivführergewerkschaft in Ordnung zu halten und der Parteidisziplin zu unterwerfen, wird er dann imstande sein, Europa in Ordnung zu bringen und Poincaré zu veranlassen, die Verkehrsblockade der britischen Zone im Rheinland aufzuheben?"

Damit ist auf die Bedeutung hingewiesen, die der Ausfall der ersten großen Probe auf die staatsmännischen Fähigkeiten der Arbeiterregierung für die **auswärtige Politik** Englands hat. Die **Frage des Eisenbahnverkehrs im englisch besetzten Gebiet** ist eine der wichtigsten außenpolitischen Aufgaben, die Ramsay Macdonald bei der Übernahme des Außenamts, das er ja neben dem Ministerpräsidium verwalten wird, erwartet. Den Franzosen ist es ja schon lange ein Dorn im Auge, daß **die Eisenbahnen der englischen Zone nicht in den Machtbereich der Regie einbezogen** sind. Nachdem alle Versuche, auf dem Wege der Verhandlung dieses Ziel zu erreichen, gescheitert sind, sind sie jetzt dazu übergegangen, durch Sperrmaßnahmen einen derartigen Druck auf die englische Zone auszuüben, daß das Wirtschaftsleben dieses Gebietes auf das allerschwerste gefährdet ist. Von englischer Seite hatte man zunächst diesen Zustand ruhig mit angesehen, weil man glaubte, er wäre eine Folge der technischen Unfähigkeit der französisch-belgischen Eisenbahnregie. Man hat sich aber inzwischen überzeugt, daß hier zur Unfähigkeit auch noch der böse Wille der Franzosen hinzugekommen ist. Man ist auf englischer Seite auch dadurch stutzig geworden, daß die Blockade schon seit einiger Zeit von den Separatisten mit besonderem Nachdruck gefordert wurde. Gegen diesen Versuch, die Engländer aus ihrer Zone, die sich wie ein Riegel den französisch-separatistischen Absichten entgegenschiebt, herauszurücken, regt sich endlich der Widerspruch in England, das befürchten muß, vollständig von der Mitentscheidung über die Geschicke des Rheinlandes ausgeschlossen zu werden, wenn der saubere Plan der Franzosen und ihrer Schützlinge gelingt.

Überhaupt wird der neue Premierminister und Außenminister sofort vor **die große Frage des Separatismus im Rheinlande** gestellt werden, da er bei seinem Amtsantritt den Bericht des englischen Generalkonsuls in München über die Eindrücke vorfinden wird, die dieser bei seiner Studienreise durch die Pfalz empfangen hat. Generalkonsul Clive hat in seinem Bericht keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die separatistische Bewegung in der Pfalz nur von einem Klüngel Ehrgeiziger und Verräter mit Hilfe gedungener Verbrecherhorden unterhalten wird und daß sie sich nicht einen Tag halten könnte, wen sie sich nicht des besonderen Schutzes der Besatzungstruppen erfreute. Es wird der englischen Regierung nichts übrig bleiben, als sich diese Auffassung zu eigen zu machen und sie wird dadurch in einen neuen scharfen Gegensatz zu Frankreich geraten.

Vom englischen Lokomotivführerstreik.

London, 22. Jan. (WTB.) Der Ausstand der Lokomotivführer und Heizer ist in seiner Auswirkung ungleichmäßig. In einigen Bezirken ist der Personenverkehr fast völlig lahmgelegt, während in anderen Bezirken der Verkehr nur wenig beeinträchtigt ist.

London, 22. Jan. (Priv.-Teleg.) Henderson erklärte: Der Eisenbahnerstreik wird für die neue Regierung ein schlechter Anfang sein.

Schacht vor dem Sachverständigenausschuß!

Paris, 22. Jan. (WTB.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Regierungsrat Dr. Meyer von der Kriegslastenkommission sind gestern vom ersten Sachverständigenausschuß zu offiziösen Besprechungen empfangen worden. In der anschließenden offiziellen Sitzung wurde den deutschen Vertretern der Fragebogen des Komitees vorgelegt. Der Reichsbankpräsident gab zunächst in zweistündigen zusammenhängenden Ausführungen und dann auf einzelne Fragen der Komiteemitglieder Auskunft über die mit der Sanierung der deutschen Währung in Verbindung stehenden Fragen, insbesondere über seinen Plan einer deutschen Goldnotenbank. Dr. Schacht und Dr. Meyer werden heute vormittag vom zweiten Sachverständigenausschuß (deutsche Auslandsguthaben) gehört werden, der gestern seine Arbeiten aufnahm.

Der zweite Sachverständigenausschuß hat in seiner gestrigen Nachmittagssitzung beschlossen, die Anwesenheit Dr. Schachts in Paris zu benutzen, um von ihm Erklärungen über die deutschen Auslandsguthaben und die Möglichkeit ihrer Zurückführung entgegenzunehmen. Havas zufolge hat Dr. Schacht diese Frage bereits gestern im ersten Ausschuß gestreift durch einen Hinweis darauf, daß die Einführung der von ihm geplanten deutschen Goldwährung diese Rückführung begünstigen werde. Dr. Schacht hat nach der Sitzung des ersten Ausschusses Journalisten erklärt, er habe sich verpflichtet, über die Sitzung Stillschweigen zu bewahren.

Der Pfalzbericht
des englischen Konsuls Clive.

Ein rücksichtslose Bloßstellung der französischen Politik.

London, 22. Jan. Das im Unterhaus von Mac Neill verlesene Telegramm Clives über die separatistische Bewegung in der Pfalz hat folgenden Wortlaut:

Nachdem ich fünf Tage darauf verwandt habe, die Ansichten der Bevölkerung jeder Klasse und jeder Partei in der Pfalz zu vernehmen, bin ich zu dem allgemeinen Schluß gekommen:

1. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung steht der autonomen Regierung feindselig gegenüber.

2. Diese Regierung hätte niemals ohne französische Unterstützung ihr Erscheinen treten können und würde sofort vertrieben worden sein, sobald die französische Unterstützung aufhörte.

3. Nach einem Zugeständnis von Bley, der das nominelle Haupt der Regierung ist, sind 75 Prozent der Separatisten von außerhalb in die Pfalz gekommen. Sie umfassen unzweifelhaft zahlreiche Vorbestrafte und Männer, die gänzlich unerfahren sind in den Geschäften einer Regierung.

4. Die katholische und die protestantische Kirche, die amtlichen Kreise und die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten weisen den Gedanken einer Loslösung von Bayern zurück.

5. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber der Frage einer Loslösung von Bayern, steht einer Abtrennung vom Reiche feindselig gegenüber.

6. In bestimmten Klassen der Bevölkerung, namentlich unter den Bauern und den sozialistischen Arbeitern, besteht Neigung für die Schaffung eines rheinischen Staates unter Einschluß der Pfalz, der politisch unabhängig, aber wirtschaftlich mit dem Reiche verbunden sein soll. Dieser Teil der Bevölkerung befürchtet eine militaristische Politik von Berlin und München.

7. Unter den Bauern und Arbeitern herrscht eine starke Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach Frieden um jeden Preis.

8. Die Loyalitätserklärung ist in allen Teilen zurückgewiesen worden. Die Erklärung ist auf Bauern, andere Grundeigentümer und Landbürgermeister beschränkt worden. Die in einer Menge von Fällen unter Drohungen erlangten Unterzeichnungen können die Annahme nicht rechtfertigen, daß die Mehrheit der Bauern der autonomen Regierung günstig gesinnt sei.

Die Regierung Baldwin durch Mißtrauensvotum gestürzt!

London, 22. Jan. (WTB.) Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei wurde vom Unterhause mit 328 gegen 256 Stimmen angenommen.

Baldwin verteidigte die Politik der Regierung

und erklärte, wenn sie heute nacht besiegt werden sollte, würde sie ihrer Nachfolgerin keine ungelösten Probleme hinterlassen außer (!) der Reparationsfrage, der französischen Frage und der der Arbeitslosigkeit. (!!) Nach Erledigung von Fragen wurde die Debatte über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei von dem liberalen Führer Sir John Simon aufgenommen. Er kritisierte die Regierung, weil sie nicht unverzüglich nach den Wahlen zurückgetreten sei. Das Land brauche vor allen Dingen die Beseitigung einer Regierung, die eingestanden habe, daß sie ein wichtiges Problem nicht fördernd behandeln könne, und ihre Ersetzung durch Leute, die auf jeden Fall hofften, daß sie es könnten. Die Wählerschaft habe sowohl die wilden Experimente der Schutzzöllner als auch des Sozialismus verworfen. — Austen Chamberlain, der Simons Rede scharf kritisierte, erklärte, bei der nächsten Wahl werde das Land sich entweder für die Arbeiterpartei oder für die Konservativen entscheiden.

Im Laufe der Unterhausdebatte über den Mißtrauensantrag erklärte Macdonald, die innere Lage habe sich infolge des voraussichtlichen Regierungswechsels gebessert. Pflicht der Arbeiterpartei sei es gewesen, die Regierung bei erster Gelegenheit anzuklagen und ein Urteil über sie zu verlangen.

*

London, 22. Jan. (Unterhaus.) Die Niederlage der Regierung wurde von der Arbeiterpartei mit Jubel begrüßt.

Im Laufe der Debatte gab der erste Lord der Admiralität eine Erklärung über das Schiffsneubauprogramm ab. Alle leichte Kreuzer würden im Laufe der folgenden 12 Jahre veraltet sein. Um sie zu ersetzen und die Zahl der Kreuzer auf ausreichender Höhe zu halten, sei es nötig, daß während der kommenden zehn Jahre insgesamt 52 Kreuzer zu bauen oder durchschnittlich fünf in jedem Jahre. Die gegenwärtige Regierung habe die sofortige Inangriffnahme des Baues von acht leichten Kreuzern und drei U-Booten, zwei Aaxonenbooten, einem Flugzeugmutterschiff und einem Minenleger vorgeschlagen. Das gesamte Programm werde unverzüglich Arbeit für 32 000 Arbeiter schaffen.

Dollar unverändert.

1 französischer Frank = 191 021 Geld, 191 921 Brief.

Ein englisch-französischer Rheinlandkonflikt.

Man weiß, daß zwischen den englischen und französischen Besatzungsbehörden und den Franzosen dauernd ein stiller Kampf hin und her geht, der von den Franzosen ganz offen mit dem Ziele geführt wird, den Engländern ihre Stellung in der Kölnischen Zone so zu erschweren, daß die englische Regierung ihre Truppen abberuft. Wie haben gesehen, daß beispielsweise z. B. auch der englische Vertreter in der Rheinlandkommission stets überstimmt wird, und als Neuestes im Rahmen dieses Dauerkonfliktes hat man jetzt ernstliche Zusammenstöße zwischen den englischen Behörden und der französisch-belgischen Eisenbahnregie zu verzeichnen. Nach englischen Blättern beabsichtigt die englische Regierung in Paris und Brüssel eine sehr dringliche Anfrage über gewisse systematische Versuche der französisch-belgischen Regie zu fordern, die es darauf anlegt, durch geschickte Bloßstellungsmaßnahmen den Engländern in der Kölner Zone Schwierigkeiten zu bereiten. Man habe, so heißt es auf englischer Seite, bisher geglaubt, den so geschaffenen Zustand auf die technische Unfähigkeit der französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung zurückführen zu müssen, wenn sich aber jetzt herausstelle, daß der Plan bestehe, sich auf diesem Umwege die Kölner Zone in die Hand zu spielen, so würde dadurch zu dem schon bestehenden Konflikt wegen der Pfalz noch ein weit ernsterer Zwischenfall geschaffen werden. Es ist begreiflich, daß die Engländer jetzt unwirsch werden, aber der Plan der Regie ist überhaupt doch nur deshalb möglich gewesen, weil die Engländer seinerzeit keinen Anstand genommen haben, den Franzosen und Belgern eine Eisenbahnlinie nach der andern zu überlassen und ihren Machtbereich selber zu beschränken. Man wird daher wohl auch jetzt nicht allzu große Hoffnungen hegen dürfen, daß sie mit ihrem Einspruch Wesentliches erreichen.

Die Wahlreform

wird Ende dieser oder Anfang nächster Woche das Reichskabinett beschäftigen, nachdem die beteiligten Ressorts bereits seit längerer Zeit sich mit ihr befaßt haben. Veranlaßt worden ist die Vorlage zunächst durch das Versprechen, das die Reichsregierung im Reichsrat abgegeben hat, dahingehend, daß die Zahl der Abgeordneten eine Verminderung erfahren wird. Bei dieser Gelegenheit ist angeregt worden, zugleich den immer lauter werdenden Wünschen aus Parteikreisen auf Wiedereinführung der Einmännerwahlkreise Rechnung zu tragen. Doch kann dies nur im Rahmen des Verhältniswahlsystems erfolgen, das verfassungsmäßig festgelegt ist, und an dem die Regierung zu rütteln nicht beabsichtigt. Eine Verminderung der Abgeordnetenmandate ließe sich einfach dadurch erreichen, daß man den Wahlquotienten, der das letztemal 60 000 betragen hat, entsprechend erhöht. Bei einem Quotienten von 80 000 würde die Zahl der Abgeordneten sich von jetzt 459 um etwa 120 verringern. Aber eine derartige mechanische Herabsetzung begegnet schwersten Bedenken, zumal da jetzt schon mit Recht darüber geklagt wird, daß die Abgeordneten außerhalbe sind, die parteipolitische Unterrichtung der Wähler in dem genügenden Maße vorzunehmen. Man wird sich daher in der Verminderung der Mandate große Zurückhaltung auferlegen müssen.

Die Wiedereinführung der Einmännerwahlkreise

dient dem durchaus billigungswerten Zweck der Herbeiführung eines engeren Verhältnisses zwischen Wählern und Gewählten; wie die Maßnahme erfolgen soll, dürfte noch nicht feststehen. Doch liefe sich jener Zweck erreichen unter Beibehaltung der Grundlagen des Verhältnisses, wenn man die jetzigen Wahlkreisverbände beibehält, sie auf Grund des Quotienten in Einzelwahlkreise zerlegt und die überschießenden Stimmen einer Reichswahlliste zuführt, die aber nur eine beschränkte Zahl von Sitzen enthält, so daß die dann noch verbleibenden Stimmen wieder den Wahlkreisverbänden bezw. Wahlkreisen mit den höchsten Stimmen zugeführt werden. Übrigens ist die Wahlreformvorlage damit noch nicht geschert, daß sie demnächst an das Kabinett gelangt. Denn die Stellungnahme der Gesamtregierung zu den Vorschlägen ist noch nicht feststehend. Auch haben noch nicht Besprechungen der Parteiführer mit der Regierung über diese Frage neuerlich stattgefunden.

Die französischen Rüstungen ein Skandal.

Neuyork, 22. Jan. (Priv.-Teleg.) Die Zeitungen bringen große Kommentare über die Rede des Senators Borah, der gesagt hat, daß Frankreich und Italien nur Ausflüchte machten, um ihre Schulden an Amerika nicht zu bezahlen. Es ist auffällig, daß die Zeitungen jetzt insgesamt mit Borah übereinstimmen und daß auch profranzösische Zeitungen darauf hinweisen, daß es ein Skandal sei, wenn Frankreich das größte Heer der Welt unterhalte und dabei seine Schulden nicht bezahle.

Im Zusammenhang hiermit gewinnt die (gestern mitgeteilte) Meldung an Wahrscheinlichkeit, daß Poincaré sich um die Kriegsschuldenfrage neu bemühe.

Der Strindbergpreis einem Deutschen!

Berlin, 22. Jan. (WTB.) Am heutigen 75. Geburtstage Strindbergs ist der jährliche Strindbergpreis dem Werke „Dante und seine Zeit" von Dr. Karl Federn verliehen worden.

Attentat im Zuge auf einen Sejmabgeordneten.

Warschau, 22. Jan. (Poln. Teleag.) In der Nacht zum Donnerstag ist im Zuge Warschau—Posen auf den Sejmabgeordneten Moritz Berthold, der der deutschen Minderheitspartei angehört und im Kreise Kulm ansässig ist, ein Überfall verübt worden. In das Abteil, in dem Berthold saß, drang ein Räuber ein und versuchte sich des Reisegepäcks zu bemächtigen, indem er die Reisenden mit der Waffe bedrohte. Auf die Hilferufe der Reisenden schoß der Räuber und verletzte Berthold leicht. Der Räuber sprang dann aus dem Zuge.

Der Schoner Oldenburg gerettet.

Cronaa, 22. Jan. (WTB.) Der am Sonnabend gestrandete deutsche Schoner Oldenburg aus Altona ist gestern flottgekommen und hat die Reise fortgesetzt.

Die mexikanischen Wirren.

Neuyork, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Wie heute bekannt wird, haben gestern die beiden amerikanischen Vereinsdampfer „Virginia" und „Eugen Gethner" die Blockade in Tampico durchbrochen, wobei sie von den Schiffen der revolutionären mexikanischen Flotte Geschützfeuer erhielten. Im Hafen von Veracruz sammeln sich augenblicklich acht Schiffe der amerikanischen Flotte, um im Hafen von Tampico die freie Durchfahrt für amerikanische Tankdampfer zu erzwingen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240122-18/fragment/page=0001

Um die bayerischen Landtagswahlen.

Im „Bayerischen Staatsanzeiger" wird jetzt offiziell bekannt gegeben, daß die Voraussetzungen für die von der Bayerischen Volkspartei verlangten Volksbegehren erfüllt sind und daß in der Zeit vom 28. Januar bis zum 27. Februar der geforderte Appell an das bayerische Volk erfolgen wird. Es handelt sich dabei bekanntlich um einen Volksentscheid über die Auflösung des bayerischen Landtages und um einen zweiten Volksentscheid darüber, daß der neugewählte Landtag ein Gesetz zur Umgestaltung der bayerischen Verfassung mit einfacher Mehrheit beschließen soll. Damit ist der seit dem Scheitern des bayerischen Ermächtigungsgesetzes entbrannte Streit zwischen den bayerischen Landtagsparteien über Auflösung oder Weitertagen des jetzigen Landtages formell zunächst entschieden. Zum erstenmal wird in Deutschland bei einem ganz besonderen und allgemein bedeutsamen Anlaß die in Weimar in das politisch parlamentarische Leben des deutschen Volkes gebrachte Neuheit einer derartigen Willenskundgebung der Bevölkerung in die Wirklichkeit umgesetzt. Denn der Ausfall dieser beiden Volksentscheide wird nicht mehr für Bayern, sondern auch für dessen Verhältnis zum Reich und damit für ganz Deutschland von größter Tragweite sein.

Der französisch-tschechische Vertrag.

Aufrechterhaltung der durch die „Friedensverträge" geschaffenen Verhältnisse. — Gegen hohenzollernsche oder habsburgische Restauration. — Die „Unabhängigkeit Österreichs". — Das militärische Bündnis.

Die „Lidove Listy" veröffentlichen den Wortlaut des tschechisch-französischen Bündnisses, den diese von unterrichteter Seite erfahren haben wollen. Danach gründet sich dieser Vertrag auf folgende Bestimmungen:

1. Beide Staaten verpflichten sich, in ihren Ländern und in Mitteleuropa den Zustand, welcher durch die Friedensverträge und durch die Sonderprotokolle vereinbart wurde (z. B. die Abstimmung in Oberschlesien), durch welche die Staatsgrenzen und die Zugehörigkeit der verschiedenen Territorien zu dem betreffenden Staat festgesetzt wird, aufrecht zu erhalten;

2. um den Frieden zu bewahren, verpflichten sich beide Staaten, alle bisher abgeschlossenen Defensivverträge einzuhalten;

3. wird festgesetzt, daß alle Zusätze und Ergänzungen zu internationalen Verträgen, an welchen beide Parteien entweder direkt oder indirekt interessiert sind, respektiert werden müssen. Beide Staaten verpflichten sich, in völligem Einvernehmen an der wirtschaftlichen Erneuerung zu arbeiten. Die Artikel 5 und 7 umfassen die Verbindlichkeit der Tschechoslowakei und Frankreichs, daß sie niemals in Deutschland oder in einem anderen Lande die Restaurierung der Hohenzollern zulassen werden. Das gleiche gilt von den Habsburgern.

8. Hinsichtlich Österreichs verpflichten sich Frankreich und die Tschechoslowakei, daß sie immer die politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit der gegenwärtigen österreichischen Republik schützen werden.

9. Das sogenannte Übereinkommen mit Italien aus dem Jahre 1921 wird in seinem ganzen Umfange eingehalten und durchgeführt werden.

Im Nachtrag zum Vertrag wird hinsichtlich des gegenseitigen militärischen Verhältnisses zwischen beiden Parteien festgesetzt, daß für beide Staaten auch in Zukunft die Übereinkunft über einen Kontakt zwischen den Oberbefehlshabern beider Staaten gelte. Die Oberbefehlshaber sollen nur in Fragen von allgemeiner militärischer Bedeutung, keineswegs aber in einer politischen Aktion zusammen arbeiten. Jeder wie immer geartete Geheimvertrag mit einem anderen Staate ist unzulässig.

Außenpolitische Übersicht.

Die Opposition in Frankreich.

Paris, 22. Jan. (WTB.) Der Kongreß der Radikalen und Sozialistisch-Radikalen Partei in Lyon hat gestern unter Vorsitz Herriots eine Tagesordnung angenommen, in der er den Anspruch Frankreichs auf die Reparationen bekräftigte, jedoch feststellte, daß angesichts der „negativen Ergebnisse der Ruhrbesetzung" die Reparationen durch eine interalliierte Verständigung und internationale Abmachungen gesichert werden müßten. An die Stelle der gegenwärtigen Pfänder seien andere zu setzen, die von der Gesamtheit Deutschlands gegeben werden müßten, und die zu einer Flüssigmachung in Form internationaler Anleihen geeignet wären.

Vom englischen Eisenbahnerstreik.

London, 22. Jan. (Reuter.) Die Leitung des Eisenbahnerstreiks hofft, daß der Ausstand bald allgemein sein wird.

Petroleum und Politik.

New York, 22. Jan. (WTB.) Nach hier vorliegenden Meldungen hat Huerta gedroht, das Eigentum der Petroleumgesellschaften in Tampico zu vernichten, wenn nicht 400 000 Dollars Steuern an die Aufständischen gezahlt würden. Das Washingtoner Staatsdepartement hat im Interesse der Gesellschaften deren Vertretern geraten, im Notfall durch Bewilligung der Forderung ihr Eigentum zu schützen.

Annexion des — Nordpols?

Washington, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Nach den Erklärungen des amerikanischen Marineministers Denby haben die Vereinigten Staaten die Absicht, den Nordpol zu annektieren. Zu diesem Zwecke werde das Luftschiff „Shenandoh" seine Fahrt nach dem Nordpol unternehmen. Die Vereinigten Staaten könnten nicht zulassen, daß das ungeheure Gebiet von einer Million Quadratmeilen, das den Vereinigten Staaten so nahe sei, in die Hände einer anderen Macht fiele. Wenn Amerika die Expedition nicht in diesem Sommer unternehme, werde das arktische Gebiet innerhalb eines Jahres von einer anderen Macht beansprucht werden.

Deutschland.

Das Schicksal der dritten Steuernotverordnung.

Berlin, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Der Entwurf der dritten Steuernotverordnung ist jetzt dem Reichskabinett zugegangen und wird dieses in einer seiner nächsten Sitzungen beschäftigen. Darauf wird der Entwurf dem zuständigen Ausschusse des Reichsrates und dem 15er-Ausschuß unterbreitet werden. Es ist damit zu rechnen, daß dem Entwurf im Reichsrate Widerstand entgegengesetzt wird. Bekanntlich sieht der Entwurf eine geringe Durchschnittsaufwertung von Hypotheken vor, die aber von den Regierungen einzelner Länder, die für ein grundsätzliches Verbot der Hypothekenaufwertung eintreten, abgelehnt wird. Auch den 15er-Ausschuß dürfte der Entwurf nicht ohne weiteres passieren, da die Sozialdemokraten auf Grund des Beschlusses in der letzten Sitzung ihrer Reichstagsfraktion beantragen werden, daß sowohl die Aufwertung als auch die aus der geringen Aufwertung entstandenen Gewinne der Hypothekenschuldner dem Reiche zufallen. Der Entwurf schließt eine Aufwertung von Schulden des Reiches und der Länder, sowie der Gemeinden und der Sparkassen aus. Auch dieser Umstand wird von einzelnen Ländern zum Anlaß der Kritik genommen.

Privat- und Staatsbesoldung.

Eine Erklärung des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 22. Jan. (WTB.) Auf das von einer Berliner Montagszeitung veröffentlichte Schreiben des Reichsfinanzministers an den Reichsarbeitsminister bezüglich der Lohnfestsetzung in der Privatindustrie durch die gesetzlichen Schlichtungsausschüsse hat der Reichsarbeitsminister u. a. geantwortet: Ich halte es nicht für möglich, einen allgemeinen Grundsatz aufzustellen, wonach die Löhne und Gehälter der Privatindustrie über die Zahlung der öffentlichen Arbeitgeber nicht hinausgehen dürften. Die Löhne und Gehälter werden sich stets in erster Linie nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Industrie- und Gewerbezweige richten müssen und den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Arbeitgeber sind gewisse soziale Vorteile gewährleistet, die andern Arbeitnehmern regelmäßig nicht in gleichem Umfange zustehen, was bei der Lohnbemessung gleichfalls berücksichtigt werden muß. Die Schiedssprüche kommen durch Abstimmung der Beteiligten zustande und es ist nicht ersichtlich, wie die Beisitzer zu einer dem Vorschlage des Reichsfinanzministers entsprechenden Stimmabagabe gebracht werden sollten. Ich halte eine Art Bindung der Schlichtungsbehörde durch eine Art Sperrgesetz für unvereinbar mit der Freiheit des Tarifvertrages und der Eigenart des Schlichtungswesens.

Der Personalabbau bei der Postverwaltung.

Berlin, 21. Jan. (Priv.-Telegr.) Im Sparausschuß des Reichstags, der bekanntlich die Überwachung des Personalabbaues auszuüben hat, wurden die Maßregeln, die zum Zwecke des Personalabbaues bei der Postverwaltung durchgeführt worden sind, einer eingehenden Erörterung unterzogen. Nach der vom Reichspostministerium abgegebenen Darstellung sind von dem Personalabbau der Postverwaltung ab 1. Oktober 1923 bis Ende Januar dieses Jahres bereits über 10 Prozent abgebaut worden. Im Ministerium selbst ist im höheren Dienst 26 Prozent, im mittleren 30 und im unteren Dienst 20 Prozent abgebaut worden. In erster Reihe wurden die über 60 Jahre alten Beamten vom Abbau betroffen. Von seiten des Reichsfinanzministeriums wurde erklärt, daß in Kürze eine Verfügung erlassen werde, wonach Schwerkriegsbeschädigte nur aus ganz besonders dringenden Gründen entlassen werden dürfen.

Der Attentatsplan gegen Seeckt.

Laut „Vorwärts" ist der in Augsburg verhaftete Helfershelfer des in Verbindung mit dem Attentatsplan auf General v. Seeckt verhafteten Tormann, der Fabrikbesitzer Dr. Georg Grandel noch im Laufe des gestrigen Tages vom Untersuchungsrichter verhört worden. Soweit bisher festgestellt ist, ist Dr. Grandel im allgemeinen geständig, an dem Plan gegen Seeckt beteiligt gewesen zu sein.

Mutiges Auftreten der pfälzischen Geistlichkeit!

Speyer, 22. Jan. (WTB.) Gegen das Verbot des Generals de Metz, von der Kanzel herab über die separatistische Herrschaft sich zu äußern, nahmen in der vorgestrigen Sonntagsrede eine Reihe katholischer Geistlicher Stellung. Hierauf wurde dem Vernehmen nach gegen verschiedene dieser Geistlichen von der französischen Militärbehörde eine Untersuchung eingeleitet. In der Bevölkerung herrscht über diesen ungeheuerlichen Eingriff des Generals in die Rechte der Kirche allgemein Erbitterung.

Die pfälzischen Zeitungsverleger beschlossen, die Ausgabe ihrer Zeitungen zum Freitag völlig einzustellen. Sie fordern Pressefreiheit.

Kein Verkehr mit Hochverrätern.

München, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Die bayerische Staatsregierung läßt amtlich erklären, daß sie von dem Inhalt der ihr ebenso wie dem Reichskanzler zugegangenen schriftlichen Mitteilung der sogenannten „autonomen Pfalzregierung" über Schutz für deren Mitglieder keine Kenntnis hat, da sie jeden Verkehr mit den Hochverrätern ablehnt. Sie hat das Schreiben an den Separatisten Bley nach Speyer zurückgehen lassen.

Vom Montag ab erscheint in München als Ersatz für den verbotenen „Völkischen Beobachter" ein neues völkisches Organ, die „Großdeutsche Zeitung".

Bestellungen durch die Post

auf unsere Zeitung werden von den Briefträgern und den Postanstalten nur

bis zum 25. Januar gebührenfrei

angenommen. Für nach dem 25. Januar aufgegebene Zeitungsbestellungen erhebt die Post eine Sondergebühr von 20 Goldpfennigen extra. Auch in Zukunft wollen wir bestrebt bleiben, den textlichen Inhalt unserer Zeitung weiter auszubauen. Der Bezugspreis auf unsere Zeitung für den Monat Februar ist einschließlich aller Beilagen

auf 3,00 G.-Mark ermäßigt,

hierzu kommt das Bestellgeld.

Keine Sonderwünsche in vaterländischer Not!

Hannover, 22. Jan. (WTB.) Der Vorstand des Provinzialverbandes der Deutschen demokratischen Partei hat dem Reichsminister des Innern eine Entschließung übersandt, in der es u. a. heißt: Gegenüber dem Drängen der deutschhannoverschen Parteiorganisation auf Abstimmung gemäß Artikel 18 der Reichsverfassung ist der Vorstand des Provinzialverbandes Hannover der deutsch-demokratischen Partei auf den Beschluß seines Vertretertages in Bremen vom 10. Dezember 1923 hin, wonach der Parteitag den Wunsch ausdrückt, daß die Vorabstimmung und Abstimmung nicht vorgenommen werden, solange eine fremde Besetzung das deutsche Rheinland bedrohe. Der Vorstand steht einmütig auf dem Standpunkt, daß dieselben Gründe heute angesichts der separatistischen Umtriebe im besetzten Gebiet stärker denn je gegen die derzeitige Vornahme der Abstimmung sprechen.

Handgranaten-„Politik".

Hamburg, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Nach einer Meldung der „Hamburger Nachrichten" aus Itzehoe wurde dort gegen den aus Anlaß der Reichsgründungsfeier veranstalteten Fackelzug eine Handgranate geworfen. 14 Personen wurden verwundet, darunter zwei Frauen schwer. Außerdem wurden zwei Reichswehrsoldaten verletzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Theaterhelden.

Stuttgart, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Bei der Erstaufführung von Georg Büchners Drama „Dantons Tod" im Württembergischen Landestheater in Stuttgart erregte die am Schluß der Tribunalszene ertönende Marseillaise bei einem Teil des Publikums starkes Mißfallen, was sich in lärmenden Zwischenrufen und Pfeifen äußerte, so daß die Szene abgebrochen werden mußte. Das Spiel konnte jedoch nach einigen Minuten fortgeführt werden. Nach Schluß der Vorstellung setzten sich die Kundgebungen vor dem Theater fort, so daß Polizei eingreifen und mehrere Demonstranten abführen mußte.

Der Reichspräsident zum 50. Todestag Hoffmanns v. Fallersleben.

Aus Anlaß des 50. Todestages Hoffmanns v. Fallersleben hat der Reichspräsident durch den Landrat in Höxter am Grabe des Dichters in Corvey einen Kranz mit Schleife in den Reichsfarben und der Inschrift: „Dem Vorkämpfer deutscher Einheit und Freiheit" niederlegen lassen. Ferner hat der Reichspräsident dem Sohn des Dichters, dem in Berlin lebenden Maler Professor Franz Hoffmann v. Fallersleben ein Schreiben gesandt, das schließt: „Voll Stolz und Genugtuung können Sie darauf blicken, daß Wunsch und Sehnsucht Ihres Vaters, sein „Lied der Deutschen" möchte von allen Deutschen einheitlich gesungen werden, jetzt erfüllt ist."

Provinz und Nachbarländer.

Hochwasser und Eisgang der Saale.

Aus Jena wird uns berichtet:

Der Tauwind in den beiden letzten Tagen der vorigen Woche hat gewirkt: die dichte Schneedecke war schon am Sonntag früh bis auf kümmerliche Reste verschwunden. Der Jenzig z. B. ist völlig schneefrei; noch vor einigen Tagen mußten Bergsteiger, die dem gastlichen Schutzhause einen Besuch abstatteten, durch fußhohen Schnee waten. Der jähe Witterungsumschlag blieb auch auf die starke Eisdecke der Saale nicht ohne Einfluß. Fast überall ist eine breite Wasserrinne bemerkbar; schnell fließen die gurgelnden Fluten dahin. In der Unteraue hatten sich Eisfelder schon am Sonntag in Bewegung gesetzt; ein starker Eisriegel bei dem Austritt der toten Saale verhinderte jedoch den Abtransport. Montag früh ging bei den hiesigen Gemeindebehörden aus Eichicht die Hochwassermeldung „1 wachsend" ein; eine halbe Stunde später meldete Ziegenrück „Hochwasser 3 wachsend nebst Eisgang". Sendboten der grünen Polizei benachrichtigten alsbald die Bewohner im Bereiche der Saale und Lache. Die im Bau begriffenen Sportplatzanlagen auf den Wöllnitzer Wiesen werden die erste Probe zu bestehen haben; eine Sicherheitsmannschaft ist zur Stelle. Sie wird die Einbruchsstellen des Eisganges photographisch im Bild festhalten.

Um die Mittagsstunde ging aus Rudolstadt die telephonische Nachricht ein: „Die Saale stieg in kurzer Zeit um 1,35 m; Flut ist weiter im Steigen begriffen".

Auch die Weiße Elster führt Hochwasser.

Das plötzlich aufgetretene Tauwetter führt der Elster reiche Wassermengen zu. Schnee und Eismassen füllen das Flußbett, lehmartig ist die Farbe des Wassers, welches stündlich steigt. Es ist in den nächsten Tagen mit Hochwasser zu rechnen.

Landwirtschaftliche Woche in Halle.

Als Auftakt der Landwirtschaftlichen Woche fand am Montag vormittag die Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für die Provinz Sachsen statt, die vom Vorsitzenden, Herrn Watsack, eröffnet wurde. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht, auch Vertreter des Landbundes, der Präsident der Landwirtschaftskammer Baron v. Helldorff, der Regierungspräsident von Merseburg, Abg. Hemeter u. a. nahmen an der Versammlung teil. In seiner Begrüßungsansprache streifte der Vorsitzende zunächst die ungeheure staatliche Belastung der Landwirtschaft, gegen die sich die Landwirtschaft mit allen Mitteln wehren muß. Präsident v. Helldorff unterstrich die Ausführungen uns wies darauf hin, daß die Steuerpolitik in der gesamten Landwirtschaft große Entrüstung hervorrufe und der Landwirtschaft die Pflicht auferlege, um die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe besorgt zu sein. Dazu sollen die landwirtschaftlichen Vereine ganz besonders dienen, und es ist erfreulich, daß sich die Zahl der landwirtschaftlichen Vereine in letzter Zeit beträchtlich gehoben habe.

Herr Weingarth erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorgeht, daß rund 50 000 Mitglieder im landwirtschaftlichen Hauptverein in 486 Nebenvereinen zusammengeschlossen sind. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Vereine um 200, die der Mitglieder um 20 000 vermehrt. Rund 80 Prozent aller Betriebe von 26 Morgen aufwärts sind jetzt im Hauptverein vereinigt, das ist der größte Teil unserer provinzsächsischen Landwirtschaft. 1335 Vorträge in den Vereinen zeigen die rege Vereinstätigkeit.

Sodann hielt Ökonomierat Dr. Hoesch einen Vortrag: „Die Neuordnung der Viehhaltung und die landwirtschaftlichen Betriebe in der Provinz Sachsen". Die Ausführungen wurden mit größtem Interesse und starkem Beifall aufgenommen.

Am Nachmittag tagte der Provinzial-Verein Sachsen des Reichsbundes akademisch gebildeter Landwirte. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag schließen die Vortragszyklusse für praktische Landwirte an. Die Grünlandtagung des Grünlandvereins Mitteldeutschlands findet am Mittwoch nachmittag 3 Uhr statt.

Der falsche Oberbügermeister von Weißenfels.

Das „Weißenfelser Tageblatt" berichtet: Man muß in Deutschland nur zu imponieren wissen. Dann geht alles. Beweis: Köpenick. So dachte vermutlich auch der Spaßvogel, der vor einiger Zeit den hiesigen Oberbürgermeister imitierte. Und zwar folgendermaßen: Eine Polizeiverordnung verbot das Rodeln, Schnee- und Schlittschuhlaufen auf den abfälligen Verkehrsstraßen. Beim weißen Berg am Holländer überwachte ein grimmer Schupo, der erst seit kurzer Zeit hierher versetzt war, das obrigkeitliche Verbot. Zum Leidwesen der Jugend, die sich gerade an dieser etwas abgelegenen Stelle sehr gern austollte. Wie nun der Schupo so dienstbeflissen seines Amtes waltet, kommt ein Herr auf ihn zu und fragte ihn mit der Miene von Leuten, die gerne zeigen, daß sie was zu sagen haben, warum er den Kindern das Rodeln verbiete. Er sei der Oberbürgermeister von Weißenfels. Ob er denn nicht wisse, daß er das Verbot aufgehoben habe. Der Schupo stutzt. Er fragt zwar vorschriftsmäßig nach der Legitimation des Stadtoberhauptes. Aber der Mann ruft hochfahrend und jovial zwei mit ihm gekommene Herren an, die ihm bestätigten, daß er der Oberbürgermeister sei. Das imponierte dem Schupo. Aber der Mensch soll sich nicht imponieren lassen. Und weil er das doch tat, fiel der Schupo herein. Der Herr war nämlich nicht der Oberbürgermeister, sondern ein Schelm. Ohne auf der schriftlichen Legitimation zu bestehen, gab der Schupo, zum Jubel der Jugend, die Rodelbahn frei. Als er aber dienstlich von seiner Begegnung mit dem Stadtoberhaupt Meldung erstattete, stellte sich das Gaunerstückchen heraus. Jetzt fahndet die Kriminalpolizei nach dem Mann mit der Oberbürgermeistermiene, der sich die oberhäuptliche Würde und Machtbefugnis angemaßt hat. Er soll bestraft werden. Denn sich für einen Oberbürgermeister auszugeben, wenn man keiner ist, das verdient Strafe. Die Jugend hat natürlich den frommen Wunsch, daß man ihn nie erwische. So'n vernünftiger Mensch! Ihr steht die Winterfreude höher als die Oberbürgermeisterwürde. Jugend hat nun mal keine Tugend. Der imponierende Pseudobürgermeister aber mag sich vorsehen, das Auge des Gesetzes ist scharf. Und sein Arm lang. Und wer mit irgendeiner imponierenden Amtsmiene herumläuft, der mag sich mit Legitimation ausrüsten. Ob man den Pseudooberbürgermeister erwischt, ist sehr fraglich. Denn Leute, die so von oben herab tun, als ob sie was wären, ohne daß sie was sind, die gibts leider genug. Und die Moral? Mensch, bloß nicht imponieren lassen!

Die Reichswehr in Altenburg.

† **Altenburg.** In den letzten 14 Tagen hat die Reichswehr durch Konzerte, Fußballspiele, Kleidersammlung und ein Eisfest wiederum über 5300 Goldmark zusammengebracht, die an die Notleidenden in Stadt- und Landkreis Altenburg zur Verteilung kommen. Von dem 15. Inf.-Regiment der Reichswehr ist eine Kompagnie nach Greiz befördert worden, während eine andere Kompagnie nach Schmölln marschiert ist, um dort Quartiere zu beziehen. Der Stab und eine Maschinengewehrabteilung sind in Altenburg verblieben.

Kampf mit Einbrechern.

† **Dessau.** In der vergangenen Nacht bemerkte der Wirt des einsam in der Kreisstraße gelegenen Scheuterschen Gasthofes bewaffnete Einbrecher in seinem Kartoffelkeller, die durch Loslösen von Mauersteinen in seine Vorratskammer gelangen wollten. Er hielt sie durch Schüsse aus seinem Jagdgewehre so lange in Schach, bis seine Familienangehörigen Hilfe aus den benachbarten Dörfern herbeigeholt hatten. Als nach einer halben Stunde mehrere bewaffnete Landwirte zu Hilfe kamen, konnten die Einbrecher verhaftet werden. Es sind zwei berüchtigte Verbrecher aus Hinsdorf und Großkarlschleben. Einer von ihnen ist durch einen Schuß ins Bein verwundet worden.

Die Kulturmission eines Generals.

† **Weimar.** Der Militärbefehlshaber in Weimar, General Hasse, hat mit einem Eingriff in das Weimarer Theaterwesen einen heftigen Sturm in den geistigen Kreisen Weimars hervorgerufen. Das thüringische Volksbildungsministerium hatte den Weimarer Intendanten Dr. Ulbrich zum Generalintendanten des Weimarer deutschen Nationaltheaters ernannt und das thüringische Gesamtministerium hatte die Ernennung bestätigt. Jetzt hat plötzlich General Hasse im letzen Augenblick die Ernennung Dr. Ulbrichs für ungültig erklärt mit der Begründung, daß ein Beschluß von solcher Tragweite der nach der in kurzer Zeit erfolgenden Neuwahl des Landtages zusammentretenden neuen Regierung vorbehalten bleiben müßte. Die geistigen Kreise der Städte Weimar und Jena haben bereits Schritte in Berlin getan, um diesen Eingriff des Generals in eine rein kulturelle Frage rückgängig zu machen.

Die Erste deutsche Schuhwaren-Messe.

† **Erfurt,** 21. Jan. Die Erste deutsche Schuhwarenmesse hat das Interesse aller Fabrikanten- und Händlerkreise erweckt, und zwar in solchem Maße, daß die zur Verfügung stehenden 225 Plätze in den für die Messe in Betracht kommenden Räumen der hiesigen Leinen- und Wollwarenmesse bereits vor Wochen vergeben waren. Auch Schuhmaschinenfirmen wollten sich beteiligen, mußten jedoch abgewiesen werden. Neben der direkten Beschickung bedeutender Industriefirmen zeigen Vertreter und Großfirmen die Erzeugnisse der Schuh- und Lederwelt. Es stellen aus: 30 Erfurter, 15 Berliner, 10 Weißenfelser, 6 Stadtilmer, 5 Arnstädter, 3 Königseer, 2 Zeitzer, 3 Eisenacher, 6 Frankfurter, 3 Offenbacher, 10 Leipziger, 4 Pirmasenser Firmen. Ferner sind zu nennen: Gotha, Ilmenau, Weimar, Eisenach, Hildburghausen, Suhl, Weida, Mühlhausen, Eschwege, Saalfeld, Gera, Cöthen, Dresden, Merseburg, Halle, Nordhausen, München, Schweinfurth, Fürth, Nürnberg, Heilbronn, Bamberg, Naila, Mannheim, Burg-Kannstadt, Tuttlingen, Göppingen, Nowawes, Hameln, Magdeburg, Burg, Barmen, Köln, Cleve, Kassel, Halberstadt, Hartha, Gößnitz u. a. m.

Hochwasser und Eisgang des Mains.

† **Frankfurt.** Die über den Main führende Notbrücke ist gestern nachmittag unter dem Druck der Eismassen teilweise zusammengestürzt. Der Main führt seit 8 Uhr abends große Eismassen zu Tal. Das Wasser steigt rasch.

Kleine Rundschau.

Calbe a. S. Der 14jährige Sohn des Kaufmanns H. hatte einen Kameraden beim Schneeballwerfen leicht verletzt. Auf das Gerücht hin, daß dieser daran gestorben sei, hat er sich in einer Feldscheune erschossen. Später stellte sich heraus, daß das Gerücht unwahr sei. — Döcklitz bei Querfurt. Auf dem Friedhof erhängt hat sich der Kaufmann Hagenguth aus Chemnitz. Wirtschaftliche Not soll die Ursache zu seinem Schritt gewesen sein. — Bitterfeld. Der Arzt Dr. Schwab wurde bei einer Schlittenfahrt aus dem Schlitten geschleudert. Er war sofort tot. — Förderstedt. Durch Kohlenoxydgas erstickt ist in ihrem Schlafzimmer die Frau Emma Weber. Man fand sie am Morgen tot auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240122-18/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

22. Januar.

** **Verkauf von Postwertzeichen. Im Publikum ist man oft der** Ansicht, daß die Händlerschaft beim Verkauf von Postwertzeichen einen Verdienst habe. Das trifft nach einer Verfügung des Reichspostministeriums nicht zu. Es heißt da: „Im Hinblick auf die ernste Lage des Reichshaushalts kann für den Verkauf von Postwertzeichen durch Private zurzeit eine Vergütung aus der Reichskasse nicht gewährt werden. Da es gleichwohl dringend erwünscht ist, den Verkehrskreisen — besonders den Kleinabnehmern — in größerem Umfang wie bisher die Möglichkeit zu geben, Wertzeichen auch außerhalb der Postanstalten zu kaufen, will die Postverwaltung künftig nichts dagegen einwenden, wenn Papier- und Schreibwarenhändler, Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungsverkäufer und andere Geschäfte, die den Vertrieb von Postwertzeichen für eigene Rechnung übernehmen, zur Deckung ihrer Unkosten einen angemessenen Zuschlag zum amtlichen Verkaufspreis — möglichst nicht über 10 v. H. — erheben."

** **Lehrgänge für das landwirtschaftliche Maschinenwesen** veranstaltet die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen auch in diesem Jahre in den erweiterten Neuanlagen der Zentral-Auskunftsstelle Halle, Merseburger Straße 74. Der dritte Lehrgang dauert vom 11. bis 23. Februar 1924 und umfaßt sämtliche Maschinen der Landwirtschaft von der Bodenbearbeitung bis zur Ernte, sowie alle Kraftmaschinen und durch Kraft betriebene Maschinen für die Landwirtschaft. In diesem Lehrgang werden ausführliche Fachvorträge über Systeme und Rentabilität der einzelnen Maschinen gehalten. Daneben werden zeitgemäße Gutsanlagen mit praktischen Einrichtungen vorgeführt und besprochen. Die grundlegenden Kenntnisse der modernen Kraftmaschinen, Lokomobilen, Verbrennungsmotoren, sowie der Elektrotechnik werden eingehend gelehrt. Praktische Übungen in der Werkstatt vermitteln die eingehende Kenntnis von der Konstruktion, Behandlung und Montage der Landmaschinen. Vom 25. Februar bis 1. März 1924 findet ein besonderer Lehrgang über Brennstoffmotoren und Motorpflüge statt. Die Anmeldungen sind umgehend zu richten an die Zentral-Ankaufsstelle Halle S., Maschinenberatungsstelle. Geeignete Kleidungsstücke sind von allen Teilnehmern mitzubringen.

** **Falsche 10 Billionen-Scheine der Reichsbahndirektion Erfurt.** Von den von der Reichsbahndirektion Erfurt herausgegebenen Gutscheinen über 10 Billionen Mark befinden sich Fälschungen im Verkehr. Sie unterscheiden sich von den echten Scheinen in der Hauptsache dadurch, daß der Untergrund grau, statt lichtgrün und das Papier rauh, statt glatt ist. Ferner fehlt bei den Falschstücken der Punkt über dem letzten „i" in „Direktionsbezirk" und an Stelle des bei dem echten Scheine 4—5 mal wiederkehrenden deutlichen Wasserzeichens (Flügelräder) erscheint dieses bei den falschen Scheinen weniger oft und undeutlich. Vor Annahme der Fälschungen wird gewarnt.

** **Schuhmacher-Zwangsinnung.** Zum Kommissar für die Durchführung des weiteren Verfahrens betr. Errichtung einer Zwangsinnung für das Schuhmacher-Handwerk mit dem Sitze in Merseburg hat der Regierungspräsident den Oberbürgermeister Herzog hierselbst bestellt.

** **Der Verein für Feuerbestattung in Merseburg und Umg. E. V.** hielt am 14. Januar seine diesjährige Generalversammlung ab. Da der erste Vorsitzende, Herr Dr. Witte, verhindert war und widriger Umstände wegen die vorgeschriebene Wahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder unmöglich war, wurde beschlossen, am Montag den 28. Januar eine außerordentliche Hauptversammlung mit der Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und 2. Wahlen abzuhalten. Der Kassierer gab einen Kassenbericht, der den Umständen entsprechend wenig erfreulich war, da die Sparkassengelder, die das Vermögen des Vereines darstellen, von der Kreissparkasse gestrichen worden sind. Der Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1924 wurde auf 4,— Goldmark festgesetzt, und es soll jedes Mitglied den Betrag möglichst bald in der Geschäftsstelle Merseburg, Kl. Ritterstraße 10 (Hof), abführen.

** **Hallesches Stadttheater.** Dienstag „Tote Augen" (ohne Pause), Mittwoch „Lustige Weiber", Donnerstag Erstaufführung „König Lear", unter Leitung des Intendanten W. Dietrich.

** **Zum Besten des Vaterländischen Frauen-Vereins Merseburg-Stadt** veranstalten Merseburger Damen und Herren im Laufe der nächsten Woche eine Reihe von Wohltätigkeitsvorstellungen im Tivoli. Gespielt wird das beliebte Lustspiel „Wie die Alten sungen". Wir machen schon heute auf diese Vorstellungen aufmerksam und empfehlen weitgehendste Unterstützung seitens der gesamten Bürgerschaft. Vergl. Anzeige.

*

194. Bildungsabend.

Nach Norddeutschland führte der gestrige Lichtbilderabend, den Mittelschullehrer Thielsen im Herzog Christian veranstaltete. Norddeutschlands Kunstschätze werden noch immer nicht so gewürdigt, wie sie es verdienen. So kommt es auch, daß die Kunst der alten deutschen Stadt Danzig viel zuwenig bekannt ist. Von Danzigs künstlerischen Werten sollte deshalb gestern abend gesprochen werden..

Danzigs Geschichte und Kunst ist mit Deutschlands Geschick und Werdegang aufs engste verbunden. Das Mittelalter schickte seine Kolonisten nach dem Osten, um hier weite Gebiete, die noch den Slaven gehörten, für das Deutschtum und das Christentum zu gewinnen. So hat unter vielen anderen deutschen Fürsten Heinrich der Löwe als Kolonisator Großes geleistet. Mit ihm sorgten der deutsche Mönch, der deutsche Kaufmann für die Verbreitung deutscher Macht und Herrschaft. Bis nach Riga und Narwa hinauf drang deutsche Kultur vor. Die Hansa, jener mittelalterliche Städtebund, übernahm den Schutz solcher kolonisatorischen Tätigkeit. In diesen Zeiten ist auch Danzig entstanden und aufgeblüht. Die Eroberung Konstantinopels durch die Türken 1453 bewirkte, daß sich der Getreidehandel vom Schwarzen Meer nach der Ostsee verzog, so daß Danzig ein wichtiger Handelsmittelpunkt wurde und in Beziehung trat zu dem Westen und Süden Europas, so z. B. mit dem kunstliebenden Italien.

Infolge seiner Lage und des geschichtlichen Werdens setzt sich Danzig aus verschiedenen Stadtteilen zusammen, von denen früher jeder seine eigene Bedeutung und geschichtliche Entwickelung hatte. Den Mittelpunkt der Altstadt bildet die Katharinenkirche, deren Erbauer es verstanden haben, dem Backstein köstliche Formen abzugewinnen. Die Privathäuser alter Zeit weisen französischen und italienischen Geschmack auf. Eigenartig und von hohem Reiz ist der Beischlag, ein vor vielen Häusern befindlicher Vorbau, der leider in der neuen Zeit vielfach verschwunden ist. Von den Hauptgebäuden Danzigs ist vor allem das Zeughaus zu nennen, das in seiner Bauweise holländischen Einfluß aufweist. Die Ziegelsteine des Hauses sind belebt durch Quadersteine. Der ganze Bau zeigt eine gewollte Unregelmäßigkeit, die sich aber doch zu schönster Harmonie auflöst. Eine Triumphstraße ist die Langgasse zu nennen, von deren Gebäude der massive Stockturm, das Peinhaus und das Hohe Tor hervorzuheben sind. Kühn und stolz steht das Rathaus da, mit seiner Sommerratsstube, von dem Holländer Vredemann de Vries geschaffen. Köstliche Schnitzereien von hohem Kunstwert hat der Artushof aufzuweisen. Über den Glanzpunkt der Stadt bildet die hohe Marienkirche mit ihren Hallen, Schnitzwerken und Deckenleuchtern.

Einen Blick nach Danzig, wie es zurzeit des Rokokos beschaffen war, läßt uns der Maler und Kupferstecher Chodowiecki tun, der eine Reise nach jener Stadt unternahm und uns in seinen Radierungen Land und Leute, Bürger und Geistlichkeit, Männer und Frauen vorführt.

So kann Danzigs Wachstum und Kunst uns Deutsche mit großem Stolze erfüllen. Seine Geschichte gibt uns ein Gefühl der Stärke und erfüllt uns mit neuer Hoffnung für die Zukunft.

*

195. Bildungsabend.

Am Montag den 28. Januar, abends 8 Uhr, wird im Rahmen der Bildungsabende der zweite Hausmusikabend der Gitarristischen Vereinigung Halle im Herzog Christian stattfinden. Keine anspruchsvolle Konzertmusik soll geboten werden, es soll vielmehr, wie der Leiter der Gitarristischen Vereinigung Amand Polken schon in den einleitenden Worten zu dem ersten Abend betonte, ein Bild geboten werden von der geschichtlichen Entwicklung der Laute und Gitarre, und daran anknüpfend soll gezeigt werden, welch reiche Möglichkeit diese schlichten Instrumente im Hause bieten. Das rege Interesse und die freundliche Aufnahme, welche der erste Abend fand, lassen darauf schließen, daß auch dieser zweite Hausmusikabend großen Zuspruch erhalten wird. Es dürfte sich daher empfehlen, sich möglichst bald mit Einlaßkarten zu versehen, die in der Stollbergschen Buchhandlung erhältlich sind.

Die Weiße Wand.

Kammer-Lichtspiele. Ein hochinteressantes und spannendes Programm wird von Dienstag bis Donnerstag den Besuchern dargeboten. Zunächst handelt es sich um das ergreifende Drama „Schuld und Sühne". Auf wie schwachen Füßen eine Verurteilung auf Grund von Verdachtsgründen stehen kann, zeigt der Verfasser in fesselnd aufgebauter Handlung. Der Schluß wirkt besonders erschütternd; als die Unschuld des Unglücklichen sich nach langen Jahren herausstellt und er endlich wieder frei ist, wird durch besondere Verhältnisse der Unschuldige zum Mörder, wird nun wirklich schuldig. Des weiteren wird das amerikanische fünfaktige Drama „Der schwarze Zeuge" die Besucher fesseln. Vortreffliche Handlung zeichnet auch diesen Film aus. Den Besuchern ist Gelegenheit geboten, einige genußreiche und erbauliche Stunden im Theater zu verbringen.

*

Tageskalender.

Dienstag, 22. Januar.

Kammerlichtspiele: Schuld und Sühne. Der schwarze Zeuge. — Im Tivoli Aufführung der Operette „Das Glücksmädel". — Bockbierfest in der Hoffischerei.

Mittwoch, 23. Januar.

Im Stadt-Café 1. Sonderabend des Eichhorn-Duo. — Monatsversammlung des G.D.A. in der „Goldenen Kugel". — Funkenburg Ball.

Täglich:

Humoristische Konzerte (Wiener Schrammeltrio) in Beths Gesellschaftshaus.

*

Wetterwarte.

V. W. am 23. 1. (Mittwoch): Mild, windig, ziemlich trüb, Regen, später kälter werdend und zeitweise aufheiternd, Niederschläge in Schauern. — 24. 1. (Donnerstag): Kälter, abwechselnd heiter und wolkig, Schneeschauer, windig.

---

§ **Großkayna,** 22. Jan. Orlando di Lasso tritt im hiesigen Gasthof am Mittwoch auf. Vergl. Anzeige.

§ **Aus der Elster- und Luppenaue,** 22. Jan. Die Auswanderungslust hat jetzt in verschiedenen Ortschaften hier Familien, sowie ledige Personen ergriffen. Das Ziel ist Brasilien. Im Anfange dieses Jahrhunderts trat eine ähnliche Erscheinung zutage. Damals war Kanada in Nordamerika das Freiheit verheißende und gelobte Land, das ersehnte Wünsche befriedigen sollte. Es gelangten auch anfangs günstige Nachrichten über die Fruchtbarkeit des überwiesenen Landstriches hierher; doch allmählich verstummten diese Lobpreisungen und wörtlich war noch kurz vor dem Kriege in einem Brief zu lesen: „Es gibt doch nur ein Deutschland, nach dort komme ich zurück, sobald ich vermag, um mich wieder anzusiedeln". Darum ist dringende Vorsicht anzuraten und vor einem unüberlegten Handeln zu warnen. Arbeit und wieder Arbeit ist auch dort das Los, um die Scholle ertragfähig zu gestalten. Von 80 Prozent der Auswanderer, die zugrunde gehen oder kümmerlich ihr Dasein fristen, spricht man nicht, höchstens von dem Rest, der vielleicht „etwas erreicht".

Aus der Gemeinde. — Vom sicheren Tode des Erfrierens gerettet.

§ **Lochau,** 22. Jan. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter wurde u. a. beschlossen, die Hundesteuer mehr den Sätzen der Kreissteuer anzupassen; § 4 der hier bestehenden Ordnung wurde deshalb geändert und eine jährliche Steuer von 3 M für jeden Hund jeder Haushaltung festgesetzt. Zur Deckung der in Aussicht stehenden Kreiskosten ist eine Nachumlage vorgesehen; doch wurde vorläufig von einer Stellungnahme abgesehen, da erst die Höhe der Kosten definitiv vorliegen müsse. Sodann kam ein Schreiben, betreffend den Anschluß der Gemeinde an den Kreisverband der Landgemeinden zur Verlesung. In der Versammlung war jedoch keine Stimmung für den Anschluß vorhanden. Noch einige andere Punkte fanden Besprechung und Erledigung. — In vergangener Woche fand Fleischermeister Böge aus Burgliebenau, abends zwischen 7 und 8 Uhr, auf der Straße zwischen Wesenitz und Lochau einen dem Arbeiterstande angehörenden Mann bewußtlos im Schnee liegend vor. Er lud den bei der strengen Kälte Erstarrten auf sein Gefährt und brachte ihn in den Ort. Hier erholte sich derselbe und konnte mittelst Schlitten seinem Heimatdorfe bei Schkeuditz zugeführt werden und wurde somit vor dem Erfrieren gerettet.

§ **Poserna,** 22. Jan. Der Altwarenhändler Paul Funke aus Poppel bei Lützen war in Poserna in die Werkstatt des Elektrotechnikers Lettner gekommen, um Metallabfälle zu kaufen. Dabei hatte er den allein anwesenden Lehrling Hörig durch Zureden bestimmt, dem Meister Rotgußstücke zu stehlen, die er ihm bezahlt hat. Funke wurde wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Neu-Rössen und Zweckverbands-Gemeinden.

Zum 100jährigen Gedächtnis.

× **Leuna,** 19. Jan. Am 19. Januar 1924 ist der 100jährige Geburtstag von Franz Hasper, der 1877—1885 Pfarrer von Leuna, Rössen und Göhlitzsch war. Er ruht auf dem Kirchhof in Leuna. Das mit Efeu umrankte liegende Grabkreuz hat die Inschrift: „Pastor Franz Hasper geb. 19. Januar 1824 † 13. Januar 1885". Seine Gemeindeglieder werden sich gern des Pastors Hasper erinnern, der ein stattlicher Herr war und beliebt bei seinen Pfarrkindern. Besonders schön war seine Rosenpflege im Pfarrgarten, weshalb das Leunaer Pfarrhaus die „Rosenpfarre" hieß. Wenn Frau Pastor Hasper nach Merseburg ging, erfreute sie gern durch ihre Rosenspenden. Amtsnachfolger war der durch seine Originalität wohlbekannte Pfarrer Dr. Georg Schmidt, 1885—1891, der von Leuna 1891 nach Sachsenburg kam und am 6. November 1920 als Emeritus in Halle starb. Leuna, Rössen und Göhlitzsch damals und heute, welch ein ungeheurer Unterschied. Im Gedenken jener still friedlichen Zeiten besucht man dankbar das Grab des Hundertjährigen. Schw.

Bund der Kinderreichen.

Am 16. d. Mts. fand im Gärtnereisaale in Neu-Rössen eine Versammlung statt, in welcher Landesvorsitzende Frau Storost über die Erfolge ihrer Besuche in den Ministerien sprach.

Der straffen Durcharbeitung — Ortsgruppe, Verband, Reichsbund — sind alle bisherigen Erfolge zu verdanken. Die Reichsbehörden legen das allergrößte Gewicht darauf, daß, wollen wir tatkräftige Berücksichtigung finden, wir auch in der Lage sind, sie volkswirtschaftlich restlos auszunutzen. Wir müssen kaufmännisch durchgearbeitet auf schnellem und reibungslosem Wege durch sichere Hände zu allen Kinderreichen gelangen können.

Als Erfolg unseres Daseins und unserer Arbeit, die einmal in Schriftstücken und Eingaben bestand, zum anderen durch persönliches Vertreten der Interessen unserer Mitglieder in den Ministerien oder durch Besuche der jeweils in Frage kommenden Behörden erledigt wurde, sind nachstehende Resultate zu buchen: 1. Frauen- und Kinderzulagen; 2. Soziallohn; 3. Steuerermäßigungen; 4. Ermäßigung des Schulgeldes (Fortbildungsschulen, Berufsschulen, Akademien, Universitäten usw. einbegriffen) für das zweite Kind um ein Zehntel, das dritte um die Hälfte, jedes vierte und weitere Kind frei; 5. Ermäßigung der Schülerfahrkarten (auch einzelne Reisen zwischen der Ausbildungsstätte und dem Vaterhaus) auf ein Viertel des Fahrpreises, und für das zweite und weitere Kind wiederum um die Hälfte des ersten Betrages; 6. die staatliche Brotbeihilfe für bedürftige Kinderreiche um 30—40 Proz. des jeweiligen Brotpreises.

Weitere Arbeitsziele sind: 1. Sitz und Stimme überall da, wo über die Interessen der Kinderreichen beraten wird; 2. Durchführung der Schloßmannschen Steuerformel bei allen Veranlagungen, bis dahin Erhöhung der Steuernachlässe (Freigrenze); 3. Elternschaftsversicherung als Mutterrente nach dem Storostschen Entwurf; 4. Neuaufbau des Wohnungswesens, auf den Bedürfnissen der Kinderreichen fußend; 5. Neuaufbau des Siedlungswesens, auf den Bedürfnissen der Kinderreichen fußend; 6. Neuaufbau des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens, auf den Bedürfnissen der Kinderreichen fußend; 7. auf die sinngemäße Anwendung der Paragraphen zum Schutze der Kinderreichen vor ungerechtfertigter Entlassung aus Reichs-, Staats-, Kommunal- und Privatbetrieben ist ein besonderes Augenmerk zu richten.

Auch brachte Frau Storost einige Erfolge ihrer Tätigkeit auf sozialem Gebiete; durch ihr Eingreifen konnten kinderreiche, zu dem Bund gehörige Beamte und Arbeiter teils vor Strafe und Entlassung geschützt werden. Jede Ortsgruppe müsse sich ein Vorstandsmitglied als Vertrauensperson wählen, welcher jede vorkommende Not gemeldet wird, um lindernd eingreifen zu können. Der Gefängnisverein Magdeburg liefert an alle Ortsgruppen zu den billigsten Preisen Schuhe, Strümpfe, Kleidungsstücke und Wäsche. In der Versammlung am 13. Februar soll weiter darüber verhandelt werden. Durch Bezahlung seiner Beiträge müsse sich jeder seine Mitgliedschaft sichern, um diese Vorteile wahrnehmen zu können. Mit Dankesworten an die Landesvorsitzende, Frau Storost, für alle Aufklärungen schloß der Vorsitzende, Lehrer Franke, die Versammlung.

Lauchstädt und Schafstädt.

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Januar.

⊙ **Lauchstädt,** 22. Jan. Vor Eintritt in die Tagesordnung beglückwünscht Stadtverordnetenvorsteher Rühlemann das Kollegium und ersucht auch in diesem Jahre gemeinsam zu arbeiten zum Wohle der Stadt. — Betreffs Kenntnisnahme werden die Abschlüsse der Stadthaupt- und Stadtsparkasse vorgetragen und Einwendungen nicht gemacht. — Die Firma Lehmann spendete zu Weihnachten für die Sozial- und Kleinrentner hierselbst 1 Zentner Mehl und 1 Zentner Erbsen, wofür der Dank der Stadtverordneten zum Ausdruck gebracht wurde. Von seiten der Stadt ist dieses bereits geschehen. — Es folgt die Neuwahl des Büros, das in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt wird, und zwar: Stadtverordnetenvorsteher: Rühlemann, Stellvertreter: Wallroth, Schriftführer: Häusgen, Stellvertreter: Rath. Die Neuordnung und Neueinteilung der Kommissionen und deren Mitglieder wird nach der Vorlage des Magistrats genehmigt. Es bestehen jetzt 9, während früher 21 Kommissionen bestanden haben. Die bisherigen Kommissionsmitglieder sowie die zugewählten Bürger üben in ihren bisherigen Ressorts ihre Tätigkeit weiter aus. — Der Betrag zur Volksspeisung wird im Sinne der Vorlage bewilligt. — Hierauf geheime Sitzung.

⊙ **Schotterey,** 22. Jan. Unser Ort kommt aus der Aufregung nicht heraus. Man dachte, daß nach Aushebung des Einbrechernestes nun Ruhe herrschte, aber weit gefehlt. Es scheint sich jetzt wieder eine andere Gruppe von Einbrechern gebildet zu haben, die in der Nacht zum letzten Freitag an drei Stellen Einbrüche versuchte, aber dabei gestört bezw. ertappt wurde. Die Personalien sind bekannt und die Gendarmerie wird das weitere besorgen, den Burschen ihr Handwerk zulegen. Bis zur völligen Aufklärung, um diese nicht zu erschweren, wollen wir von der Nennung der Namen absehen.

Turnen — Spiel — Sport.

Die Spielbewegung im Nordostthüringer Turngau

fand am letzten Sonntag auf dem Gauspielertag in Merseburg eine eingehende Besprechung. 22 Gauvereine betreiben jetzt das Turnspiel im umfassenden Maße, und besonders auf dem platten Lande macht die Spielbewegung ausgezeichnete Fortschritte. Im Handball wird eine Frühjahrsspielreihe eingerichtet, auch soll das Zwischenrundenspiel der Handballmeisterschaft der Deutschen Turnerschaft nach Halle verlegt werden, nachdem die modern eingerichteten Plätze des Giebichensteiner Turnvereins und des Kaufm. Turnvereins zur Verfügung stehen. Gelegentlich des am 6. Juli ebenfalls in Halle stattfindenden volkstümlichen Turn- und Spiel-Gaukampftages werden Städtemannschaften im Faust-, Trommel- und Handball um den Sieg kämpfen. Die Deutsche Turnerschaft hat sieben Kreisgruppen eingeteilt und gehört Halle zur Gruppe I zusammen mit Bezirk Magdeburg und Kassel. Bis zum 15. Juni muß die Handballmeisterschaft und bis zum 19. Oktober die Schlagballmeisterschaft in der Deutschen Turnerschaft ausgetragen sein. Weitere Meisterschaftsspiele kommen für 1924 nicht in Frage.

Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club, Gau IIb, Provinz Sachsen und Freistaat Anhalt

hielt am 13. Januar d. J. in Halle seine Jahreshauptversammlung ab, bei der neben einigen Sternfahrten nach Freyburg a. U., Bad Elmen und Merseburg die Gauzuverlässigkeitsfahrt „Quer durch Mitteldeutschland", offen für alle A. D. A.-C.-Mitglieder, Herren- und Industriefahrer, beschlossen wurde. Sie findet wahrscheinlich am 25. Mai statt und führt von Elsterwerda über Liebenwerda, Torgau, Eisleben, Leipzig, Halle, Eisleben, Sangerhausen, Nordhausen, durch den Harz nach Halberstadt. Auskünfte hierüber erteilt die Gaugeschäftsstelle in Schkeuditz. Ferner wird im Juni im Soolbad Bernburg ein Automobil-Turnier stattfinden, das vom dortigen A. D. A.-C. veranstaltet wird. Der Gauvorsitzende weist weiter darauf hin, daß für alle A. D. A.-C.-Mitglieder zum „Großen Grade-Preis 1924" Startverbot besteht.

Vermischte Nachrichten.

Der tödliche Frost.

Auf weite Striche hin sind die bayerischen Weinberge bei dem starken Frostwetter fast vollständig erfroren, so insbesondere die Weinberge in der Randersacker Gegend. Die Aussichten für 1924 sind deshalb für die Winzer trostlos; der Ertrag wird gleich Null sein.

Ebenso setzt der strenge Winter dem Wildbestand der Spessartwälder furchtbar zu. Auch gegen ansteckende Krankheiten ist das Wild, das durch Kälte und Hunger entkräftet ist, nur wenig widerstandsfähig. So sind im Löwensteinschen Wildpark 210 Wildschweine an Schweinepest verendet. Täglich findet man auch Dutzende von Kadavern verhungerter Hirschkühe. Es wird viele Jahre dauern, bis der Wildbestand des Spessarts wieder auf die frühere Höhe gebracht werden kann.

Verhaftete Einbrecherbande.

Berlin, 20. Jan. Die Polizei hat mit Ausnahme der drei Führer eine zwölfköpfige Einbrecherbande verhaftet, die seit längerer Zeit das Kreuzbergviertel unsicher machte und nachts wahllos Geschäfte aller Art heimsuchte. Sie schoben jedesmal den Rollvorhang der Ladentür hoch, zertrümmerten die Scheibe und ließen, nachdem sie eingedrungen waren, den Vorhang wieder herunter, um ungestört arbeiten zu können.

Eine Raubmörderbande.

Ein Raubmord, der vor 3 Jahren in der Nähe von Angermünde verübt wurde, ist durch die Festnahme eines russischen Vagabunden aufgeklärt worden. Damals ist der Berliner Händler Hirschhaut, der mit seiner Frau auf Dörfern und Gütern hausieren ging, von zwei Wegelagerern überfallen worden. Seine Frau wurde getötet; Hirschhaut blieb schwer verletzt besinnungslos liegen und wurde von den Räubern für tot angesehen. Es wurden dem Paare alle Wertsachen und die Ware abgenommen. Verdächtig waren ein paar polnische Landarbeiter, die daraufhin aus der Gegend verschwunden waren. Ein Oberkriminalwachtmeister hat jetzt am Schlesischen Bahnhofe in Berlin einen Russen festgenommen, den er im Verdachte hat, zu der Bande gewerbsmäßiger Verbrecher zu gehören, die von Berlin aus Überfälle auf Güter in der Provinz unternehmen. Der Mann nannte sich Sosnitzki und wurde als einer der Arbeiter ermittelt, die damals nahe der Mordstelle tätig gewesen waren. Der Beamte sagte ihm die Teilnahme an dem Morde auf den Kopf zu. Er hat schließlich die Mithilfe an dem Verbrechen zugestanden. Sosnitzki war auch an dem Bandenüberfalle beteiligt, bei dem die Festgenommenen einen Landjäger erschossen haben. Sie sind jüngst vom Schwurgericht Guben zum Tode verurteilt worden.

Ein eigentümlicher Eisenbahnunfall.

Ein eigentümlicher Eisenbahnunfall ereignete sich Donnerstag im Burgenland auf der Strecke Pinkafeld—Steinamanger. Der von Steinamanger abfahrende Personenzug erfaßte um ½9 Uhr abends zwischen den Stationen Groß-Petersdorf und Rottenthurn bei einer Bahnübersetzung einen mit zwei Pferden bespannten Wagen ohne Kutscher. Der vor der Lokomotive angebrachte Schneepflug schleifte den Wagen, der vollkommen in Trümmer ging, ungefähr 40 Meter weit. Sonderbarerweise blieben die Pferde, die aus den Geschirren geschlüpft waren, vollständig unverletzt.

Die niederländische Neu-Guinea-Expedition

unter Leitung von Dr. Hubrecht, welche die Erforschung der zentralen Hochgebirgskette zur Aufgabe hatte, ist mit wertvollen Ergebnissen zurückgekehrt. Stellenweise wurden große Eisenerzlager gefunden, die aber für den Augenblick wegen der Beförderungsschwierigkeiten keinen Wert haben. Ein vor zehn Jahren vorhandenes und damals auch überquertes ausgedehntes Firnfeld am Wilhelmina-Gipfel war bis auf einen Eisblock verschwunden. Man nimmt an, daß durch die kräftigen Erschütterungen eines der dort häufigen Erdbeben das Firnfeld heruntergerutscht ist. Die Bevölkerung, die noch in dem Zustande der Steinzeit lebt, hatte z. B. noch keinen Europäer gesehen und erwies sich als zutraulich. Sie gebraucht kaum Hausgerät und hat einen ausgeprägten Reinlichkeitssinn.

Verhaftung von sechs Kronenspekulanten in Budapest.

Die Polizei verhaftete in Budapest, wie der „Deutsche Handelsdienst" erfährt, sechs Börsenkommissionäre, von denen erwiesen ist, daß sie verbotene Kronenspekulationen vorgenommen haben und 15 Milliarden ungarische Kronen unter Hintergehung der Devisenbeschaffungsstelle nach Wien geschmuggelt haben, um sie dort auf den Markt zu werfen. Dadurch ist der enorme Kurssturz der ungarischen Krone entstanden. Die Geschäftsbücher und Korrespondenzen der Firma sind mit Beschlag belegt und ein gerichtliches Verfahren gegen die Milliardenschmuggler eingeleitet.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240122-18/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Kaufmann sucht per sofort oder später
möblt. Zimmer.
Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Junges Mädchen sucht
möbl. od. unmöbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit. Ang. unter 711 an die Exped.

Wer? tauscht schöne Wohng.,
3 Zimmer, Küche nebst Zubehör in neuem Hause in Leuna gegen gleiche oder größere in Merseburg. Ang. unter 710 an die Exped.

Laden
zu mieten gesucht. Ang. u. 708 a. d. Exp. d. Bl.

3000 Gold-Mark
werd. auf neuerbaut. Grundstück an 1. Stelle sof. gesucht Ang. u 709 a. d. Exp. d. Bl.

---

500 Gold-Mark
geg. g. Sicherheit von pünktl. Zinszahler zu leihen gesucht. Ang. u. 705 a. d. Exp. d. Bl.

Guter Mittagstisch
wird empfohlen. Angebote u. 707 an die Exped. d. Bl.

---

2 kl. Kähne
sind billig zu verkaufen
Weißenfelser Str. 27.

Bl. Kinderwagen
(gut erh.) zu verk.
Leuna Nr. 24.

---

1 guterhalt. Kinderwagen
zu verkaufen
Friedrichstraße 30, 3 Tr.

Pionier,
gebr., guterh., billig z. verk. Ang. u. 697 a. d. Exp. d. Bl.

---

1 Fahrrad und 1 Nähmaschine, neu, billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Neumilchende auch
Zugkuh
zu verkaufen.
Zscherneddel Nr. 17.

Ein Transport große u. kl. hannoversche Läuferschweine steh. z. d. bill. Tagespreis. z. Verk. Gasthof Grüne Linde. Schnellhardt

---

Ein b. zwei Fuhren **Dünger** nach Leuna **zu kaufen gesucht.** Ang. m. Preis u. 704 a. d. Exp.

Zement, Zementkalk
verkft. Bildhauerei Bielig, Gartenstraße 11. Tel. 684.

Möbel!
auf bequeme
Teilzahlung
noch zu billig. Preisen
besonders
Schlafzimmer
Kleiderschränke
Vertikos
Kommoden
Bettstellen
Ruhebetten
sowie alle Arten Einzelmöbel in großer Auswahl.
R. Fuchs, Halle a. S.,
Möbelhaus,
Große Ulrichstr. 58, I.
Kredit auch nach auswärts. — Anfragen Rückporto erbeten.

Briefbogen
und
Umschläge
mit u. ohne Druck
empfiehlt
Buchdruckerei Th. Rößner,
Merseburg,
Kl. Ritterstr. 3.

Heute nachmittag entschlief sanft nach längerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Henriette Schimpf

im 78. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
B. Schimpf.

Burgstaden, d. 20. Jan. 1924.
Beerdigung Mittwoch nachm. 3 Uhr.

Donnerstag, den 24. d. M., ab vorm. 11 Uhr:
Geschäftsgrundstücks-Verpachtung
ab mittags 12 Uhr:
Versteigerung von Inventar, Haushaltgegenständen usw.
im Grundstück „Villa Martha" in Wengelsdorf bei Bahnhof Corbetha. Siehe ausführl. Inserat v. 19. 1.
Der Besitzer. I. V.: Albert Franke, Merseburg.

Freibank.
Mittwoch u. Donnerstag
Fleisch-Verkauf

Hôtel Gold. Sonne
Anstich von
PilsenerUrquell

Mittwoch früh frische
Rinds-Kaldaunen
R. Wiehmann,
Lauchstädter Straße 20.

Zum Hausschlachten
empfehle
alle Sorten Därme, prima Ware, zu zivilen Tagespreis.
C. Wehner,
Darm-Handlung,
früher Oelgrube
jetzt Windberg 2.

Morgen Mittwoch
Schlachte-Fest!
Otto Kliebe,
Große Sixtistraße 12.

Schaftstiefel
m. Doppelsohle, beste Qualität, empfiehlt preiswert
P. Harnisch, Oelgrube 1.

Plakate,
Reklame-Entwürfe, beste Zugkraft. *H. Risch.* Halle a. S., Lindenstr. 7, I.

Wie wir Ihre Rückgratverkrümmung ohne Berufsstörung bessern u. evtl. heilen, zeigt unser Buch mit 60 Abbild. Zu beziehen gegen Einsendung von 2 M. oder gegen Nachnahme von
FRANZ MENZEL
Leipzig-Schleussig 133.

Gärtner-Lehrling
wird zu Ostern gesucht von
Fr. Stephan, Gartenbaubetr.
Mücheln.

---

1 Schmiedelehrling
für Ostern 1924 **gesucht.**
Ernst Nebeling, Kötzschen.

Schlosserlehrlg. f. Fahrradbranche ges.
R. Gärtner, U.-Altenburg 4.

Z. Austrag. v. Zeitschriften
wird ein zuverlässiger Bote für dauernd gesucht. Schriftl. Meldungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter 703 an die Exped. d. Bl.

Angenehmer Ausflug
nach
Schkopau
Berger's Gasthaus, Saal für Vereine Sonntags frei.

Krankheitshalber fallen meine **Sprechstunden** vorläufig noch aus.
Dr. med. Baege.
Augenarzt.

Gardinen
werden sauber ausgebessert (gestopft) Frau Prager, Fischerstraße 16, 1 Treppe.

Rohrstühle
werden dauerhaft und sauber eingeflochten
H. Thiele,
Hallesche Straße 15, Hof.

Neue und gebr. Garderoben, Schuhe, Stiefel
verkauft billig
Lukas, Sand 1.

Empfehle als besonders preiswert:

Blusenstreifen in schönen Streifen ..	1.60
Schotten (Baumwolle)	1.85
Schotten (Halbwolle) in v. Mustern	2.25

Cheviot rein Wolle
Popeline in reicher Auswahl.
Fritz Voigt
A. Günthers Nachf. — Markt 29.

Stellen-Anzeigen
(Angebote oder Gesuche), Pensionsanerbieten und Gesuche usw. für den Personal-Anzeiger des
Daheim
vermittelt zu Originalpreisen prompt die Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent" (Abtlg.: Annoncen-Expedition). Die Anzeigenpreise im Daheim betragen gegenwärtig 60 Pf. für die einspaltige Druckzeile (7 Silben), bei Stellen-Gesuchen nur 40 Pf
Das Daheim ist über ganz Deutschland und angrenzende Teile deutscher Zunge stark verbreitet. Sein weltbekannter Personal-Anzeiger führt Angebot und Nachfrage rasch zusammen.

Vereine! Gastwirte!

Zu Maskenbällen, Kappen-Abenden, Bockbier-Festen
empfehle in großer Auswahl zu vorteilhaften Preisen
Kopfbedeckungen, Dominos, Larven, Girlanden, Plakate, Papp Instrumente usw. usw.
Kurt Karius, Brühl 4 Nähe Ratskeller.

Bestellungen auf das Merseburger Adreßbuch 1924
werden, wenn Sie bis Sonnabend, den 26. 1. d. J., bewirkt werden, zum Preise von 6,00 G.-M. von dem Verlag, Kleine Ritterstraße 3, entgegengenommen.
Diejenigen Abnehmer, die später das begehrte Buch erstehen wollen, haben einen entsprechenden Zuschlag zu entrichten und laufen außerdem noch Gefahr, überhaupt kein Exemplar erhalten zu können.
Verlag des Merseburger Adreßbuches.

Zur Führung der Geschäftsbücher eines Hotelbetriebes geeignete Person für einige Stunden in der Woche gesucht. Erwünscht sind Steuerkenntnisse. Ang. unt. 701 an die Exp. d. Bl.

Jg. Mädchen als **Aufwartung** für einige Std. am Vorm. gesucht. Zu melden
Markt 19, I.

Dienstmädchen
mit guten Zeugnissen, bei gutem Lohn, per sof. gesucht.
Kantine Schinke, Neumark, Gewerkschaft Leonhardt.

Besseres ehrliches
Mädchen
für Küche u. Haus gesucht
Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Sauberes, erfahrenes **Mädchen** m. etw. Koch-Kenntnissen z. 1 2. für kl. Haush. ges. Ing. Zimer, Neu-Rössen, Kaufhausstr. 14.

Schneiderei
wird angenommen
Kreuzstraße 7, 1 Tr.

Suche per sofort
tüchtige Verkäuferin
nicht über 20 Jahre. Vorstellung erwünscht von 1—3 Uhr nachm. Wo, s. d. Exp. d. Bl.

Anst. Mädchen, 27 Jahre,
sucht Bekanntschaft mit Herrn
(Witwer m. Kind nicht ausgeschl.) zw. sp. Heirat. Diskretion Ehrensache! Ang. unt. 706 a. d. Exp.

Versöhnung!
Die Beleidigung, welche ich gegen Herrn F. Sch. ausgesprochen habe, nehme ich mit dem größten Bedauern zurück! K. H.

Wo? ist Bockbierfest? ist der gemütl. Sachse? herrscht die größte Stimmung? spielt die Kapelle unter Wasser? schenkt man d. bekömml. Engelhardt-Bier aus? **Im Restaurant Hoffischerei**

Funkenburg

Mittwoch abend
großer Ball

Klein-Kunst-Bühne
Neues Schützenhaus
Neues Programm
Erste Künstler unter Mitwirkung der
Jazzband-Kapelle.
Jeden abend 8 Uhr.

Hallesches Kunstleben.
Stadt-Theater Halle
Dienstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr: Die toten Augen.
Mittwoch, den 23. Januar: Die lustigen Weiber von Windsor.
Donnerstag, d. 24. Januar: König Lear (Erstaufführung).
Freitag, den 25. Januar: Graf von Luxemburg.
Sonnabend, d. 26. Januar: König Lear.
Sonntag, den 27 Januar Tannhäuser (7 Uhr).

Stadt-Café
Dammstraße.
Mittwoch, den 23. Januar 1924
I. Sonder-Abend
der vornehmsten Kapelle am Platze
das beliebte
Eichhorn-Duo!
Wollen Sie einen genussreichen Abend erleben, so besuchen Sie dieses Konzert
Klassische Lieder :-: Opern-Arien
Lieder zur Laute :-: Moderne Musik
neueste In- und Auslandsschlager.
Tischbestellungen werden bis Dienstag abend angenommen.
Eintritt frei! Eintritt frei!

Kammer-Lichtspiele
Schuld und Sühne
Ergreifendes Drama aus dem Leben in 5 Akten mit
Mabel May-Yong — Inge Helgrad
Theodor Loos u. R. Biebrach
Der schwarze Zeuge
Ein amerik. Drama in 6 Akten mit F. Bußhmann in einer Doppel Rolle. — Anfang 5 und 7½ Uhr.

Tivoli-Theater!
Heute abend 8 Uhr
„Das Glücksmädel"
Operette in 3 Akten von Reimann und Schwarz.
Preise der Plätze: Sperrsitz 1.50, 1.20, 1.-, inkl. Steuer.
Saal gut geheizt!

Sportverein von 1899 (e. V.).
Freitag, den 25. Jan., abds. 8 Uhr. im „Casino"
Generalversammlung.
(Tagesordnung u. a.: Vorstandswahl; Jahresberichte; Genehmigung der neuen Satzungen).
Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht. D. Vorstand.

Gasthof Gr. Kayna
Mittwoch, den 23. d. M., abds 8 Uhr
der große
Orlando di Lasso
neues Programm.

Wie die Alten sungen!
Lustspiel in 4 Aufzügen v. Karl Riemann.
Zum Besten des Vaterländ. Frauenvereins Merseburg—Stadt.
Dienstag, den 29. u. Mittwoch, d. 30. 1., abends 7½ Uhr, im „Tivoli".
Ausführende: Merseburger Damen, Herren u. Kinder. — Karten ab Donnerstag bei Herrn Pouch, num. 1 Mk., unnum. 70 Pf.
Sondervorstllg. f. den Rentenbund: Montag, d. 28.1., 7½ U. Freier Eintritt geg. Rentnerausw.

Verein der Vogtländer zu Merseburg und Umg.
Donnerstag, den 24. 1. 24., abends punkt 8 Uhr
Vereinsabend im Etbl. „Tivoli"
Wissenschaftl. Vortrag
über die **„Vogtl. Spitzenindustrie"!**
Referent: Franz Lienemann aus Plauen i. Vgtl.
Gäste und Gönner des Vereins herzlich willkommen.
Der Gesamtvorstand.

Torpedo-Schreibmaschinen
neueste Modelle.
Gustav Engel Söhne
Schreibmaschinen-Reparatur-Werkstatt.

Buchbinderarbeiten
führt schnellstens und billigst aus
Buchdruckerei Th. Rößner,
Merseburg, Kleine Ritterstraße 3.

...ohne Seife

und ohne andere Zutaten erzielen Sie eine blütenweiße Wäsche mit Goldperle. Absolut sauerstoffrei, (1 kg Sauerstoff vernichtet 30 kg Wäsche) ersetzt Goldperle mit Schnitzelseife 3 Waschfrauen.

Dr. Lenkner's **Goldperle** mit Schnitzelseife

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240122-18/fragment/page=0004

Die Wertbeständigkeit der Rentenmark.

Von Dr. jur. Justus Schönthal, Archivar der Deutschen Rentenbank.

Der Sieg der neuen Währung. — „Finanzdiktatur?" — Inflationsgefahr. — Die Rentenbriefe als Inflationsbarometer.

Heute sind wohl auch die schlimmsten Zweifler an der Rentenmark zum Schweigen gebracht. Die Tatsache, daß auf dem Gebiete der deutschen Währung beinahe im Handumdrehen ein Zeitabschnitt nervöser Unruhe beendet und eine allgemeine Beruhigung eingetreten ist, kann ja nicht mehr geleugnet werden. Ein Zweifel daran, daß die Rentenmark auf der ganzen Linie gesiegt hat, ist nicht mehr möglich. Es wird jetzt Sache des deutschen Volkes sein, die Folgerung aus diesem Siege zu ziehen und dafür zu sorgen, daß, um ein Bild aus der Währungssprache zu wählen, dieser Sieg „wertbeständig" bleibt.

Fassen wir noch einmal kurz zusammen, wie die Rentenmark in den Verkehr gelangte: Aus der Erkenntnis heraus, daß nichts anderes übrig bliebe, als den unbeweglichen Besitz zu mobilisieren, vereinten sich die Kreise der gesamten deutschen Wirtschaft, Handel, Industrie und Banken einerseits und die Landwirtschaft andererseits, um eine **Belastung von 3,2 Milliarden Gold** (= 4 v. H. ihres Vermögens) teils in Goldschuldverschreibungen, teils in Grundschulden der Deutschen Rentenbank zur Verfügung zu stellen.

Auf Grund dieses **Kapitals** konnte die Deutsche Rentenbank verzinsliche Goldschuldurkunden, sogenannte Rentenbriefe, ausstellen; diese Rentenbriefe bilden ihrerseits die Deckung für die zur Ausgabe gelangten Rentenbankscheine, wobei noch bemerkt werden mag, daß die Menge der zur Ausgabe gelangenden Rentenmark zunächst in Höhe von 2,4 Milliarden begrenzt wurde, und die restlichen 800 Millionen als Grundrücklage zu dienen hatten.

Die Hälfte der 2,4 Milliarden, nämlich 1,2 Milliarden Rentenmark erhielt das Reich als Übergangskredit; es sollte damit die Möglichkeit bekommen, nach einer gewissen Zeitspanne seinen Fehlbetragshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Es lag auf der Hand, daß von einigen Kritikern die Rolle der Rentenbank als Kreditgeberin des Reiches falsch gedeutet werden konnte. So fehlte es denn auch nicht an Stimmen, die von einer „Diktatur" der Rentenbankverwaltung sprachen, weil der Verwaltungsrat der Rentenbank hin und wieder Forderungen in bezug auf die Finanzgebarung des Reiches erhob, die nicht mit dem Programm einzelner Kreise übereinstimmten.

Es steht jedoch zu hoffen, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit nun eingesehen hat, daß dies Schlagwort von der Diktatur oder der Nebenregierung der Rentenbank eben nur ein Schlagwort war, das nichts daran zu ändern vermag, daß es unabweisbare Pflicht der Rentenbankverwaltung ist, darüber zu wachen, daß das Pfund, welches ihm in Gestalt der 3,2 Milliarden deutschen Volksvermögens von der gesamten deutschen Volkswirtschaft anvertraut worden ist, so verwaltet wird, wie es die deutsche Volkswirtschaft im Interesse ihrer Selbsterhaltung und ihrer Gesundung erwarten darf und muß.

Es scheint allmählich auch allgemeine Überzeugung zu werden, daß die Deutsche Rentenbank ein Gut des gesamten deutschen Volkes ist, das jenseits aller Parteipolitik steht und mit Parteidogmen nicht das mindeste zu tun hat. **Die Verwaltung der Deutschen Rentenbank konnte weder jemals die Absicht haben, der Reichsregierung Vorschriften zu machen, noch auch die Verantwortung für finanzpolitische Maßnahmen der Reichsregierung auf sich zu nehmen, sie hatte lediglich die Pflicht, die wirtschaftlichen Gesichtspunkte zu beachten, die im sonst üblichen Geschäftsverkehr ein ordentlicher Kaufmann als Kreditgeber einem Kreditnehmer gegenüber zu beachten hat.**

Die andere Hälfte der 2,4 Milliarden soll satzungsgemäß zur Befruchtung der kreditarm gewordenen Wirtschaft dienen. Es ist ja heute kein Geheimnis mehr, daß der gesunde Kreditverkehr, aufgebaut auf dem vollgedeckten Warenwechsel, durch die Papiergeldinflation der allerjüngsten Zeit völlig unterbunden war. Die nun zur Verfügung stehenden 1,2 Milliarden Rentenmark werden vielleicht, ja wahrscheinlich nicht ausreichen, um den Kreditbedarf der deutschen Volkswirtschaft vollauf zu decken; aber sie werden der Anfang einer Erneuerung gesunder Kreditverhältnisse sein und vielleicht gerade ihrer Knappheit wegen zu einer Verengung des Geldmarktes führen, die eine günstige Entwicklung der Warenpreise bedingt.

Vereinzelt machen sich heute noch Stimmen geltend, die eine neue Inflation in Rentenmark voraussagen zu müssen glauben.

Es soll nicht geleugnet werden, daß die Hauptgefahr, ja wohl die einzige Gefahr, die der Rentenmark begegnen könnte, die Inflation wäre. Aber nachdem das deutsche Volk, von der Reichsregierung herab bis zum einfachsten Manne, diese Gefahr in der Zeit der Papiergeldinflation erkannt und schmerzlich empfunden hat, kann wohl kein Zweifel daran bestehen, daß es einer Wiederholung dieser Gefahr mit allen Mitteln entgegenarbeiten wird. Im Augenblick, da der Geldmarkt in Rentenmark noch alles andere als flüssig ist, braucht ja wohl von einer Gefahr der Inflation noch nicht gesprochen zu werden, und sollte sich wirklich eines Tages die in Umlauf befindliche Rentenmarkmenge, die bekanntlich ja noch nicht einmal die Hälfte des Vorkriegsumlaufs an Zahlungsmitteln erreicht, als zu umfangreich erweisen, so sind ja die Rentenbriefe sozusagen das Sicherheitsventil der Rentenmark gegen eine Inflation; denn je mehr überflüssige Rentenbankscheine im Umlauf sind, desto mehr wird die Bevölkerung von der Möglichkeit des Umtausches in auf Goldmark lautende Rentenbriefe Gebrauch machen, und die überschüssige Zahlungsmittelmenge wird wieder dem Verkehr entzogen werden.

Dies sei an einem einfachen, wenn auch nur theoretischen Beispiel klar gemacht:

Gesunde Währungsverhältnisse herrschen dann vor, wenn die Menge der erzeugten Güter in einem solchen Verhältnis zu den Zahlungsmitteln steht, daß die Warenpreise und die Zahlungsmittelmenge sich ungefähr die Wage halten, daß man also beispielsweise für 2,4 Milliarden Goldmark oder Rentenmark die dem Goldwert entsprechende Warenmenge jederzeit kaufen kann. Ist die vorhandene Warenmenge aber beispielsweise nur 1,2 Milliarden Goldmark wert, so muß rein rechnerisch im Falle des Einzelkaufs jeweils die doppelte Menge an Zahlungsmitteln aufgewendet werden; denn je mehr Geld und je weniger Ware vorhanden ist, desto höher müssen die Preise steigen, desto mehr Zahlungsmittel müssen von Fall zu Fall aufgewendet werden, um eine bestimmte Warenmenge zu kaufen. Wäre nun theoretisch eine halbe Milliarde Zahlungsmittel zu viel in Umlauf, so könnten diese als verzinsliche Anlage in Rentenbriefe umgetauscht werden und dadurch aus dem Verkehr verschwinden. Die verbleibende Zahlungsmittelmenge entspräche dann aber theoretisch wieder der vorhandenen Warenmenge, und so bliebe eine Preissteigerung vermieden. Daraus ergibt sich übrigens auch, daß die Menge der abgesetzten Rentenbriefe eine Art Inflationsbarometer darstellt: die Inflationsgefahr steigt und fällt mit der Menge der abgesetzten Rentenbriefe.

Wie gesagt, die Rentenmark hat entgegen der Vermutung aller Schwarzseher einen unbestreitbaren Sieg errungen. Sache des gesamten deutschen Volkes wird es nun sein, die Früchte dieses Sieges zur entsprechenden Nutzanwendung zu bringen. Selbst das Ausland schenkt ihr Vertrauen und bewertet sie zum Teil über Goldparität.

Wichtiges vom Tage.

Markbewertung in der Neuyorker Schlußbörse 23½—24, in der Nachbörse 23—23½ Cents für 1 Billion Papiermark. Dollarparität 4,3 Billionen.

*

Wie der „V. Z." aus Dresden gemeldet wird, hat die sächsische Regierung dem Landesarbeitsausschuß der Sozialdemokratischen Partei, der einen Antrag auf Volksbegehren zwecks Auflösung des Landtages eingebracht hatte, aufgefordert, den Nachweis zu führen daß er die nach § 1 Absatz 2 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. März 1921 verlangten Eigenschaften eines „Vorstandes" einer Vereinigung im Sinne dieses Gesetzes besitze.

*

Nachdem der Vorstand der sozialistischen Fraktion die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages verlangt hat, wird dieser, wie in parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, wahrscheinlich in der nächsten Woche zusammentreten.

*

Aus Genf wird gemeldet: Wie das Völkerbundsekretariat mitteilt, hat die deutsche Reichsregierung gestern das vom Wirtschaftskomitee des Völkerbundes ausgearbeitete Protokoll über die Einführung von Schiedsklauseln in Handelskontrakte unterzeichnet. Das Protokoll, das nun die Unterschrift von 10 Regierungen trägt, tritt in Kraft, sobald es zwei Staaten ratifizieren.

*

Nach einer vom „Temps" veröffentlichten Meldung aus Neuyork erklärt die amerikanische Bankiervereinigung in einem von ihr erstatteten Bericht, daß die Einschränkung der Einwanderung die Ursache des hohen Standes der Löhne und der Preise in Amerika sei. Die Bankiers verlangen die Zulassung der Einwanderung ohne Berücksichtigung eines Prozentsatzes, um die Landwirtschaft zu fördern.

*

Der italienische Geschäftsträger in Athen teilte dem Außenministerium mit, daß die italienische Regierung beschlossen habe, die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland wieder aufzunehmen.

*

Die rumänische Regierung hat den russischen Vorschlag, die russisch-rumänische Wirtschaftskonferenz in Odessa abzuhalten, mit dem Gegenvorschlag, Warschau als Verhandlungsort zu wählen, beantwortet.

*

Am Sonntagvormittag ist das frühere Haupt der sächsischen Landeskirche, Oberhofprediger und Vizepräsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums D. Dr. Franz Dibelius in Dresden im Alter von 77 Jahren gestorben.

*

Die „Tribuna" veröffentlicht ein Telegramm ihres Berliner Vertreters Luigi Morandi über eine Unterredung, die er mit dem tschechoslowakischen Gesandten Tusar gehabt hat. Der Gesandte sagte, daß durch den neuen tschechisch-französischen Vertrag die guten Beziehungen der Tschechoslowakei zum demokratischen Deutschland nicht verändert werden können.

Ein Kapitel Bauerngeschichte.

Der ostpreußische Bauer in Vergangenheit und Gegenwart.

Von Dr. Böhme.

Kein Massenstand kann gedeihen beim Unglück des Vaterlandes. Mag bei einzelnen Schmarotzernaturen der Gewinn noch so groß sein, Massenstände sind ein Glied der Nation und leiden bei ihrem Niedergang auf die Dauer mit. Das empfindet heute die gewerbliche Arbeiterschaft, der die sozialen Errungenschaften, die sie im Unglück des Vaterlandes erhielt, und vielfach zu einseitiger Vorherrschaft ausbaute, heute verloren gehen. Dem ostpreußischen Bauern hat eine harte und grausame Geschichte die Wahrheit dieser Lehre tief eingeprägt. Die erträglichen Verhältnisse, unter denen der ostpreußische Bauer bis zum 15. Jahrhundert lebte, nicht nur die zu köllmischem Recht sitzenden eingewanderten deutschen Bauern, sondern auch die Masse der unterworfenen preußischen Bauern erfuhren mit dem Moment eine Verschlechterung, als auf dem Schlachtfelde zu Tannenberg der Pole den Sieg errang. Die Einflüsse des Siegerstaates mit seinem sozial tiefstehenden und gedrückten polnischen Bauernstand haben auch die bäuerlichen Verhältnisse des unterlegenen Staats auf das tiefste beeinflußt. In dauernder Geldnot veräußerte der Orden den größten Teil seiner grundherrlichen Rechte und mit den entstehenden größeren Grundbesitzern kam auch die Unfreiheit. Im 17. Jahrhundert war der größte Tiefstand erreicht., den ein Forscher der ostpreußischen Agrargeschichte in folgenden Worten charakterisiert:

„Damals hatte der Bauernstand sein tiefstes soziales Niveau erreicht, der Bauer konnte damals wohl auch losgelöst von der Scholle verkauft werden und mußte tatsächlich gewärtig sein, nach Belieben der Herrschaft seinen Hof mit einem anderen zu vertauschen. Seine Kinder dienten ihr zu dem in der Gesindeordnung festgesetzten Minimallohn, solange es ihr paßte und daraus folgte, daß sie auch deren Verehelichung hintenan halten konnte."

Und ein zweites Mal hatte eine Jahrhundert später das Unglück des Staates seine verheerenden Wirkungen auf den ostpreußischen Bauernstand ausgeübt.

Als unter den wuchtigen Schlägen Napoleons der von unfähigen Nachfolgern regierte Staat Friedrich des Großen zusammenbrach, haben die größeren Rechte der Bauernbefreiung es nicht hindern können, daß Tausende und Abertausende ostpreußischer Bauern an den Lasten der Kriegszeit zugrunde gingen. Freilich hat dabei auch in erster Linie mitgewirkt, daß den Bauern die Hilfe versagt blieb, die den Rittergütern der Staat durch die Landschaft gewährte. Kreditlos wurden die durch den Krieg hart Mitgenommenen dem Strudel der freien Wirtschaft überantwortet, ohne daß sie jemals selbständig disponieren gelernt hatten, jetzt überdies bis zum Unerträglichen mit der Rente belastet. Der Sturz des großen Reichsfreiherrn vom Stein durch seine adligen Widersacher hatte es verhindert, daß das Verbot des Bauernlegens herübergenommen wurde auch in die Zeit der Bauernbefreiung. Er selbst hat es gewollt, denn als die Dohnas, Finkensteins, Eulenburgs und Klinkowströms gegen die Bauernbefreiung petitionierten, antwortete er: „Nur eine gesetzliche Einschränkung der freien Disposition über das Eigentum wird bleiben müssen, diejenige nämlich, welche dem Eigennutz der Reicheren Grenzen setzt und das Einziehen des Bauernlandes zum Vorwerksland verhindert."

Wieder sind hundert Jahre ins Land gezogen, wieder das Vaterland den auswärtigen Feinden, diesmal nach heldenmütigem vierjährigen Ringen, unterlegen und wieder der Bauernstand mitleidend. Auch jetzt hat der Gesetzgeber ihm mancherlei bisher Vorenthaltenes gegeben: das gleiche Wahlrecht in Preußen, zu Kreis- und Provinziallagen, zur Landwirtschaftskammer, die Möglichkeit umfassender Siedlung durch das große Siedlungsgesetz. Wirtschaftlich hatte die Knappheit der Lebensmittel während des Krieges und der darauf folgenden Jahre die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten gesteigert. Die Landwirtschaft schien in der Hauptsache unberührt durch den Krieg. Heute weiß sie, daß das nicht der Fall ist. Ungeheure Steuerlasten sind ihr auferlegt; ihre ungerechte Verteilung schnürt Mittel- und Kleinbauern die Kehle zu. Das Unglück des Vaterlandes verschont keinen Massenstand. Aber töricht der Staat, der den Bogen überspannt, der Siedlungsgesetze macht und Tausenden eine Existenz schafft, aber im Begriff steht, Hunderttausende zu erdrosseln. Man täusche sich nicht: Vor bitterer Not stehen Millionen mittlerer und kleinerer Landwirte, ihnen waren Künste und Schleichwege nicht bekannt, um durch das Chaos des Geldmarktes Reserven zu bringen. In den kleinen Wirtschaften wächst nicht jedes Jahr ein Rind zu, das auf den Markt gebracht werden kann; die Bestellungen auf künstlichen Dünger sind vielfach völlig eingestellt, ausgeführte nicht bezahlt; die extensive Wirtschaft ist auf dem Marsche. Neben hunderttausenden von kleinen Besitzern, die auf der Strecke bleiben, falls der Bogen nicht bald zurückgespannt wird, werden Millionen von Städtern liegen, weil ihnen die Landwirtschaft nicht mehr schafft, was zu des Lebens Notdurft gehört. Dann ist das Ziel der Franzosen erreicht. Ein Festlandsstaat, der die Grundlagen des Ackerbaus verliert, ist ein großer Sklavenmarkt, das wehrlose Objekt der Ausbeutung für alle stärkeren Nationen. Werden die deutschen Regierungen, werden die Parteien begreifen, daß wir heute vor grundlegenden Entscheidungen stehen; werden die städtischen Massen, die heute die ungeheure Mehrheit der Wählerschaft bilden, erkennen, daß es Selbstmord für sie ist, dem wir

Börsenfieber.

Ein zeitgemäßer Roman von Otfrid von Hanstein.

24. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Sie haben mich also zu einem Betruge veranlaßt?"

„Durchaus nicht. Sie haben in gutem Glauben gehandelt. Nun hören Sie mich noch zehn Minuten an. Meinetwegen können Sie mich dan einen Schurken nennen, wenn Sie es wollen.

„Ich habe zuerst an die Sache geglaubt! Wirklich! Sonst hätten wir beide, mein Vater und ich, nicht unser ganzes Vermögen hineingesteckt! — Ich sagte Ihnen, ich bin kein Engel. Im Gegenteil, es ist möglich, daß ich dem Gesetz gegenüber sogar Mitschuld habe; aber — ich will keine Phrasen machen — ich habe Ihre Tochter geliebt — wirklich und ehrlich, wenn sie mich auch nicht mochte. Und Sie? Ich habe auch Sie unendlich hochachten gelernt — Sie, der Sie ein großes Kind sind trotz Ihrer Jahre. Ich habe an Ihnen vielleicht das größte Verbrechen begangen, denn ich habe Sie aus der Zufriedenheit Ihres bescheidenen Daseins gerissen — und sogar aus Ihrer sicheren Stellung.

„Sehen Sie — es mag lächerlich sein; aber der Gedanke daran, daß ich Sie zugrunde gerichtet habe, war mir der schlimmste, als mir gestern klar wurde, das alles zusammenbrechen mußte. Und außerdem — schließlich ein wenig Egoist bin ich auch. Darum machte ich in der letzten Nacht die verzweifelten Anstrengungen mit der neuen Analyse und den Extrablättern. Sie glauben nicht, wie man auch eine ganze Börse hypnotisieren kann! Es gelang mir, den Sturz nicht nur auf ein paar Stunden aufzuhalten, sondern für diese Stunden das Vertrauen der Börse zurückzugewinnen und den Kurs abermals anschwellen zu lassen. Freilich, ich konnte nicht wissen, daß zu derselben Zeit, als ich Ihre und meine Papiere verkaufte und das Geld flüssig machte, schon der Berliner Kriminalkommissar Dr. Schlüter in Lietze weilte."

„Aber —"

„Lassen Sie mich ausreden. Wer weiß, wie oft wir noch miteinander reden können! Sie sind vollkommen gerettet. Ich habe Verbindungen — das Geld, das weder Sie noch ich mit über die Grenze hätten nehmen können, befindet sich, wie auch mein Vermögen, in der Hand eines mir befreundeten Schweden auf diesem Schiff. Hier haben Sie eine Anweisung, daß Ihnen das Bankhaus Eggerblond Söhne in Kopenhagen hundertfünfzigtausend dänische Kronen schuldet. Mehr kommt bei der Valuta nicht heraus — entspricht den anderthalb Millionen in deutschem Gelde. Sie können damit siebentausendfünfhundert Kronen jährliche Zinsen erhalten und dafür in Dänemark oder auch Schweden sorgenfrei leben. Ich rate Ihnen, vorläufig ruhig hier zu bleiben und abzuwarten, wie sich die Dinge gestalten. Ihr Vertrag mit den Lietzer Werken ist durch den Konkurs natürlich hinfällig."

„Udn Sie —?"

„Ich habe auch, was ich brauche. Ich kann meinem armen Vater doch nichts nutzen — ich gehe nach Südamerika — von Schweden komme ich schon weiter. — Warum soll ich mich einsperren lassen?!"

Krause saß vollkommen zusammengebrochen da. „Und ich? Habe nicht auch ich —"

„Sie haben in gutem Glauben gehandelt und untersucht, was man Ihnen dazu gab — Sie sind höchstens von mir betrogen."

Schlossinger stand auf. „Nun lassen Sie uns scheiden! Jetzt werden Sie selbst nicht klar denken können. Es ist möglich, daß Sie mich verdammen — aber — ich habe getan, was ich konnte, um Sie wenigstens zu retten — und das ist mir gelungen."

Mechanisch hatte Krause das Papier, den Kreditbrief des Kopenhagener Hauses, eingesteckt. Vor ihnen lag die schwedische Küste und der Dampfer schickte sich an, einzulaufen.

„Ich verlasse hier den Zug. Leben Sie wohl und, wenn Sie können, denken Sie milde von mir. Es gibt eben Spekulanten, die sich verspekulieren. Übrigens möchte ich noch sagen — für Gottinger hätte ich nicht getan, was ich für Sie tat. Nun, es war ja nicht nötig. Ich wette, er wußte früher Bescheid als wir. Er hat gestern verkauft und sein Geld gerettet. Es sollte mich nicht wundern, wenn er jetzt der größte Krakehler ist."

Die beiden hatten nicht bemerkt, daß inzwischen ein kleines Boot angelegt hatte und daß ein paar Herren an Bord gekommen waren.

„Auf Wiedersehen, Herr Schlossinger!"

Krause vermochte nicht mehr zu sagen; aber er hatte den Namen so laut gesprochen, daß die Herren, die eben vorbeikamen, ihn hörten.

„Herr Siegfried Schlossinger?"

Der Bankier schluckte ein paarmal — er war bleich geworden, dann richtete er sich auf: „So heiße ich!"

Der Fremde wandte sich zum Doktor: „Privatdozent Dr. Krause?"

Erwin erschrak, obgleich er nicht verstand.

„Allerdings!"

„Kriminalkommissar Dr. Schlüter aus Berlin. Meine Herren, ich erkläre Sie beide für verhaftet als mitschuldig bei dem großen Lietzer Betrug. Machen Sie kein Aufsehen — Sie befinden sich noch an Bord eines deutschen Schiffes!"

Dr. Krause stürzte mit gellendem Aufschrei ohnmächtig zusammen.

Neuntes Kapitel.

Hedwig ward tödlich erschrocken, als die Stewardeß anklopfte und eintretend sagte: „Die gnädige Frau möchten doch recht schnell einmal aufstehen, ein Herr will Sie sprechen!"

Verschlafen richtete Hedwig sich auf. „Sind wir denn schon in Kopenhagen?"

„Wir machen eben in Trelleberg fest, hier ist etwa eine Stunde Aufenthalt."

„Ja — wo ist denn mein Mann?" Erschrocken sah sie erst jetzt, daß Erwins Lager noch immer leer war.

„Ich weiß nicht!"

„Ist denn ein Unglück —"

„Gewiß nicht —"

„Und mich will ein Herr sprechen?"

„Allerdings, und bitte — er hat es eilig —"

„Ich bin nicht zu sprechen, er soll mit meinem Mann —"

Da neigte sich die Stewardeß mit einer Art plumper Vertraulichkeit über Hedwig: „Machen Sie nur schnell, damit's kein Aufsehen gibt, er ist von der Kriminale — Ihren Mann hat er schon!"

„Was?" Hedwig wollte aufschreien, aber dann wankte sie, als sollte sie ohnmächtig werden — freilich nur eine Sekunde. „Das muß ein Mißverständnis sein — ich komme sofort —"

Wieder bewies sie ihre Kunst, in Sekunden angekleidet zu sein, wenn auch heute mit zitternden Händen. Sie trat auf den Korridor, da kam ihr auch schon ein älterer Herr in grauem Spitzbart entgegen.

„Kriminalkommissar Dr. Schlüter aus Berlin. Sie erlauben, daß ich einen Augenblick bei Ihnen eintrete."

Hedwig starrte ihn an — ihre Knie zitterten vor Entsetzen.

„Seien Sie bitte wirklich ganz ruhig, ich möchte nur eine kleine Auskunft von Ihnen!"

Hedwig wandte den starren Blick nicht von seinem Gesicht. „Wo ist mein Mann?"

Der Kommissar lächelte und sein Gesicht hatte etwas väterlich Gütiges. „So seien Sie doch nicht so erschreckt, ich bin wirklich kein Ungeheuer, das Ihnen etwas tun will. Kommen Sie und seien Sie etwas mutig!"

„Was ist geschehen?"

„Ich möchte Sie nur bitten, mir recht offen und ohne Rückhalt das Verhältnis Ihres Gatten zur Lietzer Erdöl-Aktiengesellschaft zu reden."

„Das Verhältnis meines Mannes — ja, ist denn in Lietze —"

„Sie wissen doch von dem Zusammenbruch und den Betrügereien."

„In Lietze?"

Hedwig schrie auf und Dr. Schlüter nickte. „Sie wissen also wirklich nichts? Gut — in Lietze sind ganz ungeheuerliche Betrügereien vorgekommen. Gestern nachmittag ist der Schwindel entdeckt worden und darauf sowohl über die Lietzer Werke als auch über das Bankhaus Schlossinger Konkurs verhängt."

„Gestern nachmittag? Das ist doch gar nicht möglich! Gestern nachmittag kam doch mein Mann freudestrahlend mit der Nachricht, daß die Aktien zweitausendfünfhundert standen und Schlossinger telephonierte mich sogar um ein Uhr an, er habe unsere Aktien mit zweitausendfünfhundertfünfzig verkauft!"

„Das mag sein, denn ich konnte erst gegen drei Uhr meine Untersuchungen in Lietze beendigen und um vier Uhr mit dem Gericht telephonieren, das augenblicklich den Konkurs verhängte!"

„Und mein Mann?"

„Sie sagten, er sei gestern freudestrahlend gewesen?"

„Er freute sich so auf die Reise!"

„Nicht gedrückt, als habe er — sagen wir einmal Eile, fortzukommen?"

„Gewiß nicht!"

„Sie sind also fest überzeugt, daß er keine Ahnung von dem Zusammenbruch hatte?"

„Wie konnte er — sonst würde er doch — ich hatte ihn gewarnt —"

„Gewarnt? Sie?"

„Ich habe eine Freundin — Frau Studienrat Gottinger —, deren Mann hat viel Aktien von der Gesellschaft — viel mehr als wir, und die Frau sagte mir vorgestern, ihr Mann wolle verkaufen — das habe ich auch meinem Mann gesagt — Herr Kommissar — unser Geld ist also verloren?" Sie sprach die Worte ruhig, aber mit bebenden Lippen.

„Ihr Geld — es sind ja wohl etwa eineinhalb Millionen an Bord dieses Schiffes!"

„Mein Mann hat das ganze Geld bei sich? Das ist ausgeschlossen — er hatte es doch gestern abend noch nicht — er hat ja in meiner Gegenwart noch an das Bankhaus Schlossinger geschrieben, man solle das Geld der Reichsbank überweisen."

„Ich glaube, daß er es vor einigen Stunden erhielt — während Sie schliefen — davon später — nun bitte ich Sie — wie hat Ihr Mann Schlossinger und die Lietzer Werke kennen gelernt?"

Merkwürdigerweise verlor Hedwig bald jedes Gefühl der Angst vor der väterlich-freundlichen Weise des Kommissars. Dr. Schlüter ließ sie ruhig aussprechen und half ihrem Gedächtnis nur bisweilen durch ergänzende Fragen. Dann nickte er.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240122-18/fragment/page=0005

zusteuern? Über vier Jahre hat es gedauert, bis es den sozialistischen Massen zu dämmern begann, daß der niedergeworfene und wirtschaftlich bankrotte Staat nicht aufgerichtet werden kann mit verkürzter Arbeitszeit und einer Entlohnung, die keinen Unterschied kennt zwischen Gelernten und Ungelernten, oft auch nicht zwischen Faulen und Fleißigen, mit einem Beamten- und Staatsarbeiterheer, das bei geringerer Ausdehnung und geringeren Leistungen des Staates über das des Friedens hinausgeht. Jetzt werden diese Maßnahmen getroffen, die vor Jahren hätten in Angriff genommen werden müssen. Will man sie ihrer Wirksamkeit berauben, indem man den Ackerbau, die Grundlage des Staates, zerstört? Das ist die Entscheidung, um die der Kampf geht. Gerechte Verteilung der Steuern innerhalb der Landwirtschaft aber auch Zurückführung der gesamten Steuern auf ein erträgliches Maß ist das Ziel.

Fritz Ebert, der Reichspräsident.

Ein Lebensbild.

Die Zeit liegt noch nicht weit zurück, da über den ersten Präsidenten der Deutschen Republik der niederträchtigste Klatsch verbreitet wurde. Dieses edle Handwerk übten dieselben Kreise, die es mit ihrem Royalismus für vereinbar hielten, Gift über den todkranken Kaiser Friedrich, den „Judenkaiser“, überall dort mündlich auszustreuen, wo sie glaubten, empfängliche Ohren zu finden.

Solche Form gesellschaftlich-politischer Betätigung ist in unserer Zeit — nach der Ansicht der in Betracht kommenden Kreise: leider — nicht mehr wirkungsvoll, und so hat die Verleumdungskampagne gegen den Reichspräsidenten als ein unergiebiger Geschäftsbetrieb eingestellt werden müssen.

Paul Kampffmeyer unternimmt es seinerseits, in Umrissen ein Bild von dem Werdegang des Reichspräsidenten zu entwerfen. (Fritz Ebert, Ein Lebensbild von Paul Kampffmeyer. 1923, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.) Das kleine Buch ist eine taktvolle Studie; es gibt eine Reihe interessanter Hinweise über die Vergangenheit eines Mannes, den die Revolution an die Spitze unseres Staates gestellt hat, und der in schwierigster Zeit, unter unendlichen Hemmnissen und Anfechtungen, seit den Novembertagen des Jahres 1918, seit dem militärischen Zusammenbruch und der Flucht Wilhelms II., der dornenvollen Aufgabe obliegt, Deutschland die Bahn langsamen Aufstiegs wieder mithelfend emporzuführen.

Eine große allgemeine Lehre liegt in diesem Entwicklungsgang einer einzelnen Persönlichkeit. Das Deutschland der Examina, der festen Gliederung, des Kastengeistes und andererseits der stufenweisen, wohlgeordneten und wohldisziplinierten, langsamen Heranbildung zu verantwortungsvollen Funktionen im Staatsbetrieb und in gewissem Umfang auch im Wirtschaftsbetrieb sieht plötzlich einen Außenseiter auftauchen, sich der höchsten Gewalt revolutionär mit Hilfe seiner Partei bemächtigen, und dieser Revolutionär von gestern, dieser Proletarier von vorgestern, dieser Mann ohne Examina, ohne Gymnasialbildung, ohne Universitätsbildung, ohne Schmisse und ohne andere unentbehrliche Legitimationen für ein Staatsamt von höchster und zugleich von repräsentativer Bedeutung, füllt nicht nur schlecht und recht seinen Platz aus, sondern er entwickelt die stille, vorbildliche, politische Einflußnahme eines demokratischen Staatsoberhauptes; er übt einen zurückhaltenden gesellschaftlichen Takt, der unter Wilhelm II. zum großen Nachteile des Staates so oft und so schädigend für Deutschland hatten entbehrt werden müssen; er stopft nicht durch den Strafrichter, sondern durch seine kluge Haltung den Schandmäulern, die suffisant gekräuselten Lippen und hat sich in einer Zeit unendlicher Schwierigkeiten nicht eine aufsehenerregende, nicht eine provozierende Blöße gegeben.

Es ist dem Präsidenten Ebert gelungen, den Beweis zu erbringen, daß man ein „Proletarierkind“ sein kann, daß ein Handwerker mit Volksschulbildung in exponiertester politischer Stellung und unter schwierigsten inneren und äußeren Verhältnissen an der Spitze eines großen Reiches seinen Posten mit Takt und großer politischer Besonnenheit ausfüllen kann; und dieses Experiment ist geglückt in Deutschland, dem Lande, wo man in staatliche Ämter nur hineinkommen konnte, wenn man genau die Heerstraße verfolgt hatte, die gesellschaftliches und politisches Vorurteil und bureaukratisches Examenwesen und -unwesen vorgezeichnet hatten. Die Entwickelung des Präsidenten Ebert ist eine praktische Demonstration für die Modernisierung Deutschlands. Dem geschickten und klugen Manne steht jede Tür im Staate offen; nicht aus welcher sozialen Schicht er kommt, ist das Entscheidende, sondern was er — er selbst — zu leisten vermag — das gibt allein den Ausschlag.

Wenn die früheren Privilegierten auf das Leben des Präsidenten Ebert blicken, stellen sie diese Tatsache mit egoistischem Bedauern fest, und wenn seine früheren Klassengenossen auf diese Tatsache blicken, so bedauern sie vielfach, daß er ihnen nicht zugleich die soziale Umwälzung in den Schoß gelegt hat. Sie sollten sich sagen, daß politische und soziale Geschenke fast immer den Beschenkten schlecht bekommen. Die Natur macht keine Sprünge, auch nicht jener Teil der Natur, den wir als Staatsentwicklung, als Entwicklung des Menschen im Staate bezeichnen. Die Vorstufe und die unumgängliche Vorbedingung für jede weitere Umgestaltung Deutschlands ist zunächst und unter allen Umständen die Demokratisierung unseres Vaterlandes. Sie hat der jetzige Reichspräsident nach Möglichkeit gefördert.

Handels- und Börsenteil.

Devisen wenig verändert.

Am Berliner Devisenmarkt nimmt das Arbitragegeschäft von Tag zu Tag größeren Umfang an. In den amtlichen Kursen für ausländische Zahlungsmittel traten einige Veränderungen ein. Vor allem wurde London mit einem amtlichen Mittelkurs von 17,9 Billionen für das Pfund herabgesetzt. Weiterhin lag Italien und Paris um 8 bezw. 5 Milliarden im Mittelkurs schwächer. Die Zuteilungen lauten unverändert auf 15 Prozent bei Holland und London, auf 10 Prozent bei Neuyork und auf 100 Prozent bei den übrigen Valuten. Der Rückgang der Auszahlung London ist auf die international abgeschwächte Lage des englischen Pfundes zurückzuführen. London gegen Kabel Neuyork lautet 4,21 gegenüber 4,28 am Ende der Vorwoche. Paris gegen London wurde mit 96 nach 97 gehandelt. Termingeschäfte in Neuyork gegen Paris wurden getätigt zu 23¼ per ultimo März und 23½ per ultimo April.

Dollarschatzanweisungen wurden zum unveränderten Kurs bei Aufträgen von 500 Dollar ab aufwärts mit etwa 1 Prozent zugeteilt. Aufträge über niedrigere Beträge fielen aus. Goldanleihe lautete unverändert 4,2 Billionen bezahlt.

Berliner Börse vom 21. Januar.

Die heutige Börse eröffnete in freundlicherer Stimmung. Da jedoch das unbestritten vorhandene Kaufinteresse aus seiner Reserve noch nicht heraustrat und die Umsatztätigkeit sich demgemäß in sehr engen Grenzen hielt, traten größere Veränderungen nicht ein. Nur am Montanmarkt nahm die Bewegung einen größeren Umfang an, wo u. a. (in Prozent) Deutsch Lux mit plus 5,25, Bochumer, Gelsenkirchen, Klöckner, Mannesmann, Rheinische Braunkohlen und Köln Neuessen mit je 3—4 fester eröffneten. An den übrigen Märkten gingen die Kursveränderungen nur vereinzelt über 2 hinaus. Meistens betrugen sie etwa 0,25—0,5. Am Metallmarkt und Maschinenmarkt blieb eine große Anzahl von Papieren überhaupt unverändert, desgleichen am Bankenmarkt. Einen ausgesprochenen Charakter zeigte heute nur das Geschäft in deutschen Anleihen, die unter dem Druck eines lebhaften Angebotes stark zurückgingen. Der Umstand, daß die Aufwertungshoffnungen durch die letzte Erklärung des Reichsjustizministers sehr gesunken sind, wirkte sich aus. Am meisten litt die 3 prozentige Deutsche Reichsanleihe mit minus 650 Milliarden, ferner verloren die 3½ prozentigen 315 Milliarden, die 4 prozentigen 375 Milliarden Prozent. Auch preußische Konsols gingen zurück. Kriegsanleihe fiel um 65 auf 110 Milliarden. Dagegen lagen ausländische Renten bei geringem Geschäft fester. Das Interesse für österreichische und ungarische Werte hat durch die Bestrebungen, den Zinsendienst für diese Papiere endgültig zu regeln, sicherlich eine Belebung erfahren. Im weiteren Verlaufe flaute das Geschäft mehr und mehr ab und die Börse wurde schließlich sehr still. Täglich Geld war wieder reichlich zu minimalen Sätzen angeboten.

Leipziger Börse vom 21. Januar.

Die Börse verkehrte zu Wochenbeginn ohne Anregung in weitgehender lustloser Haltung, soweit der Aktienmarkt in Frage kommt. Das Publikum hält sich immer mehr von Engagements in Effekten zurück und auch die Spekulation zeigt wenig Unternehmungslust. Das Geschäft schrumpft so mehr und mehr zusammen. Die geringe Geschäftstätigkeit, die heute vorherrschte, prägte sich in geringen Kursveränderungen oder in unveränderten Kursen aus. Im allgemeinen überwog kursmäßig die Tendenz nach unten bei geringen Umsätzen.

Dagegen zeigte der Fondsmarkt, der in letzter Zeit der Schauplatz spekulativer Tätigkeit war, größere Lebhaftigkeit. Die Erklärung des Reichsjustizministers, daß eine Aufwertung von Staats- und Kommunalanleihen nicht in Frage käme, führte zu einem Zusammenbruch des Kursniveaus am Rentenmarkt, der auf Grund der Aufwertungserwartungen stark spekulativ durchsetzt war. Zum Teil büßten die Werte ein Drittel ihres Kursstandes ein.

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 21. Januar.

Unlust und Geschäftsstille waren auch heute für den Verlauf der Produktenbörse kennzeichnend. Seitens der Provinz gehen zwar die Forderungen nicht mehr so weit auseinander, wenn sie auch zum Teil etwas höher als am Sonnabend lauten, höhere Preise waren aber nicht durchzusetzen. Für Weizen bestand einige Kauflust seitens der Mühlen und Roggen war verschiedentlich noch in Deckungen gegen vorherige Verkäufe an die Reichsgetreidestelle gesucht. Gerste war heute auch in guten Brauqualitäten schwach und lustlos. Hafer bleibt andauernd schwer verkäuflich. Das Mehlgeschäft ist nach wie vor schlecht und die Preise sind rückgängig, weil man in Berlin mit einer weiteren Herabsetzung der Brot- und Schrippenpreise zu rechnen scheint.

Weizen, märkischer 151—155; Roggen, märkischer 131—137, pommerscher 133 bis 135, schlesischer 133—135, westpreußischer 133—135, mecklenburgischer 133—135; Sommergerste 155—163; Hafer, märkischer 100—108, pommerscher 90—98, westpreußischer 85—90; Weizenmehl 23,50—25,75; Roggenmehl 21,25—24; Weizenkleie 7,80; Roggenkleie 7; Viktoriaerbsen 35—37; kleine Speiseerbsen 19—22; Futtererbsen 12 bis 14; Peluschken 13—15; Ackerbohnen 13—15; Wicken 17—19; blaue Lupinen 13 bis 14; gelbe Lupinen 15—17; Serradella 15—16,50; Rapskuchen 11; Trockenschnitzel 7,50—8; vollw. Zuckerschnitzel 18—19; Torfmelasse 30/70 —; Kartoffelflocken 17.

Die Preise verstehen sich in Goldmark der Goldanleihe (1 Dollar = 4,20 Goldmark), bei Getreide für 1000 Kilo; bei Mehl, Hülsenfrüchten und Futtermitteln für 100 Kilo. Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Viehmarkt.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 21. Januar.

Auftrieb: 226 Rinder (46 Ochsen, 36 Bullen, 31 Kalben, 113 Kühe), 165 Kälber, 225 Schafe, 911 Schweine, zusammen: 1527. Außerdem 13 Rinder, 31 Kälber und 70 Schweine von Fleischern selbst ausgeführt. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht (in Goldmark): Ochsen: 1. Kl. —; 2. Kl. 38—45, 3. Kl. 30—38, 4. Kl. —; Bullen: 1. Kl. 38—42, 2. Kl. 35—38, 3. Kl. 30—35; Kalben und Kühe: 1. Kl. —, 2. Kl. 45—48, 3. Kl. 38—45, 4. Kl. 25—38, 5. Kl. 15—25; Kälber: 1. Kl. —, 2. Kl. 55—60, 3. Kl. 47—55, 4. Kl. 40—47; Schafe: 1. Kl. 45—50, 2. Kl. 38—45, 3. Kl. 25—38; Schweine: 1. Kl. 72—75, 2. Kl. 75—80, 3. Kl. 65—72, 4. Kl. 55—65, 5. Kl. 55—65. Geschäftsgang: Rinder, Kälber und Schafe mittelmäßig, Schweine gut. Überstand: 7 Rinder, davon 1 Ochse und 6 Kühe. — Die Stallpreise müssen, je nach Qualität, für Rinder 20 Prozent, für Kälber und Schafe 18 Prozent und für Schweine 16 Prozent unter der Notiz vom vorigen Markt liegen.

Gabst Du schon zur Notspeisung?

Zeitglossen.

„Der Verwendungsnachweis ist erbracht!“

Unter Auferlegung des Verwendungszwangs von 3 Milliarden für Hausrat und Kleidungsstücke und 76 Milliarden für Berufsgegenstände erhielt ein Geschädigter (Ausgewiesener aus Elsaß-Lothringen) am 29. September insgesamt 79 Milliarden Mark zugesprochen. Man beachte: Auferlegung des Verwendungszwangs!

Am 11. Oktober erhielt der Geschädigte sein Geld und kaufte hierfür für seine berufstätige Tochter 2½ Meter Schürzenstoff im Betrage von 82,5 Milliarden Mark, was er der Spruchkammer mitteilte.

Am 27. November gab ihm die Spruchkammer folgende Antwort:

„Der Empfang des Schreibens wird bestätigt. Der Verwendungsnachweis gilt als erbracht. Anbei erhalten Sie die eingesandten Belege wieder zurück.“

2½ Meter Schürzenstoff als Ersatz eines Hausratsschadens von 8700 ℳ und von Berufsgegenständen in Höhe von 5300 ℳ Friedenswerten — aber: „der Verwendungsnachweis ist erbracht!“ — Sela!

*

Wiederaufbau Frankreichs.

Zum Kapitel „Reparationen“.

Was ersetzt wurde:

a) Eine Konfitürenfabrik, die einen ganzen Schwarm Arbeiterinnen beschäftigte: 2 Millionen Fr. (Zerstört wurde: ein Bienenstock.)

b) Villa im Schwarzwälder Stil, vornehmes Junggesellenquartier, ganz in Holz ausgeführt: 1 Million Fr. (Zerstört wurde: Eine Hundehütte.)

c) Große Parfümvorräte „Odeur de France“: 800 000 Fr. (Zerstört wurde: Eine Senkgrube.)

d) Eine Fliegerstation mit 40 Eindeckern: 5 Millionen Fr. (Zerstört wurde: Ein Taubenschlag.)

e) Arbeiterkolonie eines großen Industriegebietes: 30 Millionen Frank. (Zerstört wurden: Drei Ameisenhaufen.)

f) Eine stark frequentierte Trinkkuranstalt: 10 Millionen Fr. (Zerstört wurde: Ein Wasserbrunnen.)

g) Ein Millionenbestand eleganter Herrenanzüge, Fasson Adam: 20 Millionen Fr. (Zerstört wurde: Ein Feigenbaum.)

(Aus dem „Kladderadatsch“.)

Studien in alten Briefstellern.

Von W. H. Riehl.

(Schluß.)

Zu früh hatte man schon im siebzehnten Jahrhundert das baldige Ende des Titelwesens prophezeit, und vergeblich die Geißel der Satire über demselben geschwungen. Zu früh hatte man selbst in den radikalen Tagen der französischen Revolution gejubelt. Jeglicher spottet über die Titelnarren und doch trägt jeder auch heute noch immer ein ganz gehöriges Stück von dieser Narrheit in sich.

Im 17. Jahrhundert war man systematischer, haarspaltender mit den Titeln verfahren, die Subtilität, mit welcher man sie nach Arten und Unterarten abstufte, erreichte ihren Gipfel. Dagegen nahm man in der folgenden Zeit den Mund noch weit voller mit großtönenden Prädikaten; was quantitativ vereinfacht worden war, wurde qualitativ mit Zinsen wieder eingebracht. Rokokozeit und Zopfzeit verwechselten hier ihre Rollen. Denn die erstere hatte ihre Freude am Klassifizieren der Titel, die letztere an deren willkürlich phantastischer Verschnörkelung. Im 17. Jahrhundert z. B. hütete man sich sehr, einem Doktor der Philosophie oder Medizin denselben Titel zu geben, wie einem Doktor der Rechte. Dieser war Wohledelgeboren, die anderen dagegen nur Edelgeboren. Es deutet das zurück auf den alten höheren Rang der Juristen, die schon im 15. Jahrhundert das Vorrecht erhielten, Wappen und Siegel zu führen, welches sonst nur dem erblichen Adel zugestanden hatte. Selbst bei den Studenten war ein Unterschied zwischen angehenden und älteren im Titel gesetzt. Ein Fuchs wurde bloß „Ehrenfester und Gelehrter“ angeredet, ein altes Haus dagegen „Ehrenfester, Vorachtbarer und Wohlgelehrter“. Ganz titellos waren nur die Juden. „Als Christi Erz- und Herzfeinde“ sollte man sie — wunderlich genug — höchstens „mein Freund“ anreden. Das Prädikat des höchsten Vertrauens galt für ein halbes Schimpfwort, lediglich weil es kein Titel war. Den Bauersmann redete man mit hoffärtiger Herablassung schon etwas klangreicher als „ehrbarer, lieber und guter Freund“ an.

Solche subtile Unterschiede schwanden allmählich im folgenden Jahrhundert, die Titel wurden aber im allgemeinen noch weit vollwichtiger. Im 17. Jahrhundert war der Dorfpfarrer noch „Ehrwürden“, im 18. ward er „Hochehrwürden“; der hochwohlgeborene Graf ward hochgeboren, der hochgeborene Erlaucht. Ja unsere Zeit, die sich so bequem lustig macht über das Titel- und Zeremonienwesen der alten Zeit, hat hier in vielen Stücken erst recht den Gipfel der Devotion und Schmeichelei erstiegen. Der Briefsteller des 17. Jahrhunderts schreibt noch vor, daß man in Sendschreiben an Kaiser und Könige „zur Bezeugung untertäniger Demut und demütiger Untertänigkeit zwei Daumen breit Raum lasse zwischen der Anrede und dem Anfang des Briefs, bei hohen Staatsbeamten nur anderthalb Finger breit. Heutzutage würde sich aber ein hoher Staatsbeamter sehr beleidigt fühlen, wenn man ihm keinen größern Respektsraum als den weiland kaiserlichen von nur zwei Daumen Breite gönnte.

Vor mehr als 50 Jahren schrieb Herder: „Im geselligen Umgange sogar ist Jemanden bei seinem Namen zu nennen Schimpf; Titel und Würden bei Männern und Weibern dürfen allein genannt werden: dem Ohr wie dem Auge wollen wir nur in der Livrei erscheinen. Wie leicht haben sich andere Nationen dies alte Joch gemacht oder es gar abgeworfen: der Deutsche trägt's geduldig.“ Er trägt es auch heute noch. Ja nicht nur von Andern bei unserm bloßen ehrlichen Namen titellos angeredet zu werden, dünkt uns eine halbe Beleidigung: wir schämen uns sogar, unsern eigenen Namen ohne Titel selber auszusprechen; es wird uns dabei zumute, als ob wir uns nackt sähen, und wenn wir uns bei dem besten Freunde melden lassen, so halten wir angesichts des meldenden Hausknechtes verschämt das Feigenblatt des Titels vor.

Doch zurück zu meinen alten Briefstellern.

In der Zeit, da sich Deutschland politisch, sozial und literarisch am tiefsten unter französischem Einfluß beugte, blühten in Frankreich — wie in Italien und England — klassische Muster eines feinen, wohlgeglätteten Briefstils. Allein bei allem Hang zur Ausländerei ahmte man das Ausland nur in diesem lobenswerten Punkte nicht nach. Unsere Philologen schrieben damals die zierlichsten lateinischen Briefe, aber deutsche Briefe konnten die Deutschen des 17. Jahrhunderts durchaus nicht schreiben. Man ist wohl in keinem andern Literaturzweig zu selbiger Zeit plumper und unbehilflicher gewesen. Die Schnörkel der Etikette umstrickten und erstickten als wucherndes Schlingkraut jeden Versuch eines gesunden und einfachen Briefstils. Es ist sehr bedeutsam, daß wir während der ganzen Rokokozeit keinen ordentlichen Brief schreiben lernten. Die Deutschen fanden sich am schwersten in die damaligen neuen Formen des gesellschaftlichen und geselligen Lebens, und sind später am leichtesten wieder herausgekommen. Die deutschen Familienbriefe aus dem Zeitalter Ludwigs XIV. sind ein oft wahrhaft rührendes Zeugnis dafür, wie hart es uns ankam, den französischen Ton in das Heiligtum des bürgerlichen Hauses aufzunehmen. Trotz allen Modephrasen spricht aus ihnen der Geist des patriarchalischen Hausregiments. Mann und Frau behandelten sich in ihren Briefen noch mit einer altväterlich treuherzigen Etikette, gleich als sei ihre eheliche Stellung mit einer öffentlichen Würde umgeben. In jenen Tagen, wo die eheliche Treue ziemlich rar zu werden begann, war es wenigstens in den deutschen Briefen noch der Brauch, daß der Mann ein Schreiben an seine „hochgeliebte Hausehre“ mit den Worten begann: „Eheliche Lieb und Treu zuvor“. Die Frau redete ihren Mann noch an als ihren „vielwerthen Eheherrn“, und die Kinder wagten es nicht, im brieflichen Verkehr ihre Eltern anders als „Herr Vater“ und „Frau Mutter“ zu nennen. Es waren das Überlieferungen einer früheren Zeit, die bis tief ins achtzehnte Jahrhundert hineinragen. Die Welt der Familie blieb in Deutschland noch lange die alte, als die soziale Welt schon längst eine neue geworden war. Dem feierlichen Ton im Familienverkehr suchte man dann andererseits wieder durch die übertriebensten Zärtlichkeitsworte eine herzliche Farbe zu geben. Die meisten würden sich heutzutage schämen, ihre Braut mit so süßen Liebesausdrücken zu überhäufen, wie sie vor zweihundert Jahren der würdevolle Eheherr gleichsam offiziell an seine Frau schreiben mußte. Welch wunderliche Mischung von Förmlichkeit und verrücktem Schwulst kam aber dann erst in dem damaligen Briefe eines Bräutigams an die Braut zutage, der — laut dem Briefsteller — etwa die Anrede führte: „Hochedelgeborene, großehrenreiche Jungfrau, schönste und hochtugendseligste Nymphe.“ — (Man sieht übrigens, diese Anrede hat keine Ausrufungszeichen, ist also doch wieder in einem etwas trockeneren Ton gedacht, als wir es jetzt bei Briefüberschriften zu halten pflegen. Das geschriebene Pathos der vielen, wohl gar doppelten und dreifachen Frage- und Ausrufezeichen ist ein Erbteil aus dem literarisch so aufgeregten achtzehnten, nicht aus dem trocken schwülstigen siebzehnten Jahrhundert.)

Nur die Männer der kosmopolitischen, sozial ausgleichenden Geldmacht, die Kaufleute, wagten es mitten in der Perücken- und Zopfzeit, sich aller müßigen Titel und Prädikate in ihren Geschäftsbriefen zu enthalten. Sie kopierten zuerst den italienischen, dann den holländischen und englischen Briefsteller mit wahrhaft barbarischer Treue. So zeichnete sich der Brief des deutschen Kaufmanns sehr frühe schon durch jede gedrungene Kürze aus, die häufig durch Fremdwörter und allerlei technische Barbarismen erkauft werden muß, und ist sich während der letzten drei Jahrhunderte merkwürdig gleich geblieben. Selbst mancherlei willkürliche Formeln sind hier sehr alten Ursprungs. Es galt z. B. schon vor 250 Jahren die heute noch nicht ganz erloschene Regel, daß man in kaufmännischen Briefen das Datum an den Anfang, in Höflichkeitsbriefen aber an den Schluß des Schreibens setzen solle. Auch die Unsitte, deutsche und in Deutschland laufende Briefe aus Renommage mit französischen Adressen zu versehen, wird schon vor zweihundert Jahren gerügt. Doch soll sie damals vorzugsweise bei Kaufleuten und Gelehrten im Schwange gewesen sein, während sie heutzutage in der Regel nur noch von Frauenzimmern geübt zu werden pflegt.

Der nach dem dreißigjährigen Krieg erwachte Eifer für Sprachreinigung klingt selbst in den damaligen Briefstellern durch. In solchen Werken des literarischen Handwerks zeigen sich aber die Tendenzen der Zeit in der Regel weit mehr in ihrer ganzen Naivität, d. h. auch in ihrer ganzen Schwäche, als in den höheren Erzeugnissen der schriftstellerischen Kunst. Ein durchaus puristischer Briefsteller, welcher mir vorliegt, enthüllt gerade den steifen schulmeisterlichen Zopf der damaligen Sprachreiniger anschaulicher, als es sämtliche Akten von Zesen's „deutschgesinnter Genossenschaft“ zuwege bringen könnten. Während der Geist der Sprache so undeutsch wie nur möglich ist, wird fortwährend über den Glanz der „Haupt- und Heldensprache des auf diesem großen Fußschemel Gottes wallenden Japhetischen Geschlechtes der hochedlen Deutschen“ deklamiert. Selbst die direkte Fehde wider die Gegner der deutschgesinnten Genossenschaft, die höchst zierlich bezeichnet werden als „ihr selbstes Herz abnagende Schlangenköpfe“, spielt sich bis in den Briefsteller hinab. Gegenüber diesem gereinigten Deutsch kommt es einem freilich vor, als ob die mit Fremdwörtern ganz durchspickte, aber doch bündige und verständige Sprache der kaufmännischen Briefmuster erst das eigentliche reine Deutsch sei. Man sieht ein, wie notwendig die Verwälschung der deutschen Sprache war, damit sie aus diesem Schlammbad nicht bloß rein, sondern auch gekräftigt wieder hervorgehe. So mußte die deutsche Musik des achtzehnten Jahrhunderts ihren Durchgang durch die italienische nehmen, auf daß sie nicht vor der Zeit steif und verknöchert würde im kontrapunktischen Scholasticismus.

Beim Anblick der schwindelerregend unerschöpflichen modernen Bücherproduktion mag uns wohl der Gedanke beschleichen, als sei das doch noch eine idyllische, eine wahrhaft arkadische Zeit gewesen, wo ein Briefsteller noch eine Encyklopädie von einem halben Dutzend Wissenschaften war, wo Marpergers „allzeit fertiger Handelskorrespondent“ im Vorbeigehen die ganze Nationalökonomie, Finanz- und Handelswissenschaft als Zugabe zu den Briefformularien traktierte, wo man den König David noch als ältesten Klassiker des Briefstils hinstellte, weil er den Uriasbrief geschrieben, und dann eine Geschichte der Epistolographie von David bis auf die Gegenwart noch auf zwei bis drei Oktavseiten abzuhandeln pflegte. Die gemeinnützige Literatur der Haus- und Handbücher, die jetzt eine so ungeheure Ausdehnung gewonnen hat, war zu unserer Urgroßväter Zeiten in drei bis vier Bücher keimartig zusammengedrängt. Aus dem Kalender brachen die Lokalzeitungen hervor zusamt dem Heer der tagesgeschichtlichen Flugschriften; aus dem Briefsteller stiegen Geschäftshandbücher aller Art auf, Staatskalender und genealogische Taschenbücher, Sprachlehren und Encyklopädien, und nur als Hefe blieb der moderne Briefsteller zurück. Wo jetzt der Mann des gebildeten Mittelstandes eine bänderreiche „Weltgeschichte fürs deutsche Volk“ in seiner Hausbibliothek aufstellt, da begnügte sich der Urahn mit der einzigen Acerra philologica, dem merkwürdigen Schatzkästlein „nützlicher, lustiger und denkwürdiger Historien“, welches noch in Goethes Jugenderinnerungen eine Rolle spielt, und fast durch ein Jahrhundert als eines der gelesensten Hausbücher vorgehalten hat. Wo gegenwärtig hundert gemeinnützige Schriften erscheinen, da erschien vordem kaum eine, ward aber bei gutem Glück hundert Jahre gangbar, während von jenen hundert Büchern ein Teil nur wenige Jahre geht, die andere Hälfte aber überhaupt niemals gehen lernt. Trotz dem schützenden Privilegium kaiserlicher Majestät griffen auch die Nachdrucker fleißig zu bei den alten Hausbüchern. Der mangelnde Rechtsschutz förderte die Konzentrierung dieser Literatur. Schon Luther mußte wider den Nachdruck seiner Schriften eifern. Der Verleger der Acerra philologica stellt den Teufel als Exekutor der gerechten Strafe des Nachdrucks unmittelbar hinter das kaiserliche Privilegium, gleichsam als einen Sukkurs für die in der Exekution säumigen Juristen, indem er die Vision Philanders von Sittewald aushebt, der in der Hölle einem Buchdrucker begegnet, welchem ein nachgedrucktes Buch feuerglühend im Halse steckt, daran er fort in alle Ewigkeit würgen muß, und kann es niemals hinunterschlucken.

Als die Hausbücher noch so kompakt waren, daß der Briefsteller allein eine ganze Encyklopädie von allerlei Wissenschaften darbot, waren auch die Persönlichkeiten kompakter als gegenwärtig. Sie lebten sich ein in ihre wenigen, oft sehr naiven und rohen Bücher, behielten dabei aber auch Sammlung, sich in sich selber einzuleben. So hängt ein Stück des eigentlichen Seelenlebens vergangener Geschlechter an jenen für sich vielleicht ganz bedeutungslosen alten Scharteken, und nicht ohne Rührung, ja nicht ohne Ehrfurcht kann man manche dieser Not- und Hilfsbücher betrachten, aus denen unsere Vorfahren manchmal durch hundert Jahre sich den bescheidenen Schatz ihrer Kenntnisse sammelten, um sich dann im Vertrauen auf Gott und ihren Mutterwitz im praktischen Leben oft weiter zu bringen, als wir mit unserer bändereichen Gelehrsamkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240122-18/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreis für die Bezugs-Woche, fällig bei Abholung, 60 Goldpfennig frei Haus. Abholerkarte 58 Goldpfennig. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 15 Gold-Pfennige, bei 8 Seiten 20, Sonnabends 25 Gold-Pfennige.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 8.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetr. Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg
Amtsblatt der Stadt Merseburg
mit den wöchentlichen Beiblättern Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem zwanglos erscheinender Chronist von Merseburg

Anzeigenpreise. Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 28 Goldpfennige; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfennige Aufschlag. – Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. – Familienanzeigen besonders ermäßigt. – Rabatt nach Tarif. – Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. – Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 83 070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Nr 18 — Dienstag den 22. Januar 1924 — 50. Jahrg.

Schwere Aufgaben für Macdonald.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Dem englischen Arbeiterführer Ramsay Macdonald wird, wenn er in diesen Tagen das Amt des Premierministers antritt, keine noch so kurze Pause zur Einarbeitung in seinen neuen Wirkungskreis gegönnt sein. Schon jetzt erwachsen ihm dringende Aufgaben, deren Lösung an die Fähigkeiten, den Takt und die Umsicht des künftigen englischen Staatslenkers die höchsten Anforderungen stellen. Und zwar will es eine eigenartige Fügung des Schicksals, daß ihm die ersten innerpolitischen Schwierigkeiten aus den Reihen seiner Anhänger selbst, nämlich aus der Arbeiterschaft erwachsen.

Der Streik der Eisenbahner

stellt die künftige Arbeiterregierung vor eine Probe, die sicher nicht leicht zu bestehen sein wird. Die Arbeiterregierung wird einen heftigen inneren Zwiespalt zwischen ihren natürlichen Sympathien für ihren Klassengenossen und den Erfordernissen des Staatsinteresses zu überwinden haben. Kein Zweifel, der Streik der Lokomotivführer und Heizer, dem sich auch zahlreiche andere Eisenbahner angeschlossen haben, ist ein schwerer Schlag für das schon ohnedies darniederliegende englische Wirtschaftsleben, und es wird Aufgabe der Regierung sein, für seine möglichst schnelle Beendigung Sorge zu tragen. Auch nach der Überzeugung führender Arbeiterkreise in England ist der Streik leichtfertig vom Zaun gebrochen worden. Denn die Bezahlung der Lokomotivführer in England ist, besonders nach unseren Begriffen, keineswegs niedrig. Nach dem von den Lokomotivführern abgelehnten Schiedsspruch hätten sie im ungünstigsten Fall 6 Pfund Sterling, also über 100 Mark wöchentlich als Mindestlohn erhalten. Die übrigen großen Eisenbahnerorganisationen haben denn auch den Schiedsspruch des Lohnamtes angenommen. Nur der Verband der Lokomotivführer und Heizer hat ihn abgelehnt trotz des Widerspruches der Führer der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen. Auch ein Vermittlungsversuch des Generalkongresses der Trades Unions ist gescheitert. Der Führer der Lokomotivführergewerkschaft, Bromley hat auf den Hinweis auf die bedenklichen politischen Folgen des Streiks geantwortet: „Mag die Arbeiterschaft zum Teufel gehen, wenn ihre Existenz uns schlechtere Löhne einbringt.“

Die englische Arbeiterpartei muß also, noch ehe sie überhaupt in den Besitz der Macht gelangt ist, dieselben traurigen Erfahrungen machen, die auch der deutschen Sozialdemokratie nicht erspart geblieben sind. Gewisse Kreise geben sich nun einmal dem Wahn hin, der Besitz der politischen Macht müsse sich sofort in barem Geld ausmünzen lassen. Das ist die Geistesverfassung, die **in Deutschland die Revolution in eine bloße Lohnbewegung** zu verwandeln bemüht war. Die besonnenen englischen Arbeiterführer, die sich ihrer politischen Verantwortung bewußt sind, haben es nicht vermocht, sich gegenüber diesen radikalen Tendenzen durchzusetzen. Mit Recht ist ihnen deshalb entgegengehalten worden: „Wenn Macdonald nicht in der Lage ist, die kleine Lokomotivführergewerkschaft in Ordnung zu halten und der Parteidisziplin zu unterwerfen, wird er dann imstande sein, Europa in Ordnung zu bringen und Poincaré zu veranlassen, die Verkehrsblockade der britischen Zone im Rheinland aufzuheben?“

Damit ist auf die Bedeutung hingewiesen, die der Ausfall der ersten großen Probe auf die staatsmännischen Fähigkeiten der Arbeiterregierung für die **auswärtige Politik** Englands hat. Die **Frage des Eisenbahnverkehrs im englisch besetzten Gebiet** ist eine der wichtigsten außenpolitischen Aufgaben, die Ramsay Macdonald bei der Übernahme des Außenamts, das er ja neben dem Ministerpräsidium verwalten wird, erwartet. Den Franzosen ist es ja schon lange ein Dorn im Auge, daß **die Eisenbahnen der englischen Zone nicht in den Machtbereich der Regie einbezogen** sind. Nachdem alle Versuche, auf dem Wege der Verhandlung dieses Ziel zu erreichen, gescheitert sind, sind sie jetzt dazu übergegangen, durch Sperrmaßnahmen einen derartigen Druck auf die englische Zone auszuüben, daß das Wirtschaftsleben dieses Gebietes auf das allerschwerste gefährdet ist. Von englischer Seite hatte man zunächst diesen Zustand ruhig mit angesehen, weil man glaubte, er wäre eine Folge der technischen Unfähigkeit der französisch-belgischen Eisenbahnregie. Man hat sich aber inzwischen überzeugt, daß hier zur Unfähigkeit auch noch der böse Wille der Franzosen hinzugekommen ist. Man ist auf englischer Seite auch dadurch stutzig geworden, daß die Blockade schon seit einiger Zeit von den Separatisten mit besonderem Nachdruck gefordert wurde. Gegen diesen Versuch, die Engländer aus ihrer Zone, die sich wie ein Riegel den französisch-separatistischen Absichten entgegenschiebt, herauszuräuchern, regt sich endlich der Widerspruch in England, das befürchten muß, vollständig von der Mitentscheidung über die Geschicke des Rheinlandes ausgeschlossen zu werden, wenn der saubere Plan der Franzosen und ihrer Schützlinge gelingt.

Überhaupt wird der neue Premierminister und Außenminister sofort vor **die große Frage des Separatismus im Rheinlande** gestellt werden, da er bei seinem Amtsantritt den Bericht des englischen Generalkonsuls in München über die Eindrücke vorfinden wird, die dieser bei seiner Studienreise durch die Pfalz empfangen hat. Generalkonsul Clive hat in seinem Bericht keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die separatistische Bewegung in der Pfalz nur von einem Klüngel Ehrgeiziger und Verräter mit Hilfe gedungener Verbrecherhorden unterhalten wird und daß sie sich nicht einen Tag halten könnte, wen sie sich nicht des besonderen Schutzes der Besatzungstruppen erfreu.te. Es wird der englischen Regierung nichts übrig bleiben, als sich diese Auffassung zu eigen zu machen und sie wird dadurch in einen neuen scharfen Gegensatz zu Frankreich geraten.

Vom englischen Lokomotivführerstreik.

London, 22. Jan. (WTB.) Der Ausstand der Lokomotivführer und Heizer ist in seiner Auswirkung ungleichmäßig. In einigen Bezirken ist der Personenverkehr fast völlig lahmgelegt, während in anderen Bezirken der Verkehr nur wenig beeinträchtigt ist.

London, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Henderson erklärte: Der Eisenbahnerstreik wird für die neue Regierung ein schlechter Anfang sein.

Schacht vor dem Sachverständigenausschuß!

Paris, 22. Jan. (WTB.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Regierungsrat Dr. Meyer von der Kriegslastenkommission sind gestern vom ersten Sachverständigenausschuß zu offiziösen Besprechungen empfangen worden. In der anschließenden offiziellen Sitzung wurde den deutschen Vertretern der Fragebogen des Komitees vorgelegt. Der Reichsbankpräsident gab zunächst in zweistündigen zusammenhängenden Ausführungen und dann auf einzelne Fragen der Komiteemitglieder Auskunft über die mit der Sanierung der deutschen Währung in Verbindung stehenden Fragen, insbesondere über seinen Plan einer deutschen Goldnotenbank. Dr. Schacht und Dr. Meyer werden heute vormittag vom zweiten Sachverständigenausschuß (deutsche Auslandsguthaben) gehört werden, der gestern seine Arbeiten aufnahm.

Der zweite Sachverständigenausschuß hat in seiner gestrigen Nachmittagssitzung beschlossen, die Anwesenheit Dr. Schachts in Paris zu benutzen, um von ihm Erklärungen über die deutschen Auslandsguthaben und die Möglichkeit ihrer Zurückführung entgegenzunehmen. Havas zufolge hat Dr. Schacht diese Frage bereits gestern im ersten Ausschuß gestreift durch einen Hinweis darauf, daß die Einführung der von ihm geplanten deutschen Goldwährung diese Rückführung begünstigen werde. Dr. Schacht hat nach der Sitzung des ersten Ausschusses Journalisten erklärt, er habe sich verpflichtet, über die Sitzung Stillschweigen zu bewahren.

Der Pfalzbericht des englischen Konsuls Clive.

Ein rücksichtslose Bloßstellung der französischen Politik.

London, 22. Jan. Das im Unterhaus von Mac Neill verlesene Telegramm Clives über die separatistische Bewegung in der Pfalz hat folgenden Wortlaut:

Nachdem ich fünf Tage darauf verwandt habe, die Ansichten der Bevölkerung jeder Klasse und jeder Partei in der Pfalz zu vernehmen, bin ich zu dem allgemeinen Schluß gekommen:

1. **Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung steht der autonomen Regierung feindselig gegenüber.**
2. **Diese Regierung hätte niemals ohne französische Unterstützung in Erscheinung treten können und würde sofort vertrieben worden sein, sobald die französische Unterstützung aufhörte.**
3. **Nach einem Zugeständnis von Bley, der das nominelle Haupt der Regierung ist, sind 75 Prozent der Separatisten von außerhalb in die Pfalz gekommen.** Sie umfassen unzweifelhaft zahlreiche Vorbestrafte **und Männer, die gänzlich unerfahren sind in den Geschäften einer Regierung.**
4. **Die katholische und die protestantische Kirche, die amtlichen Kreise und die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten weisen den Gedanken einer Loslösung von Bayern zurück.**
5. **Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber der Frage einer Loslösung von Bayern, steht einer Abtrennung vom Reiche feindselig gegenüber.**
6. **In bestimmten Klassen der Bevölkerung, namentlich unter den Bauern und den sozialistischen Arbeitern, besteht Neigung für die Schaffung eines rheinischen Staates unter Einschluß der Pfalz, der politisch unabhängig, aber wirtschaftlich mit dem Reiche verbunden sein soll. Dieser Teil der Bevölkerung befürchtet eine militaristische Politik von Berlin und München.**
7. **Unter den Bauern und Arbeitern herrscht eine starke Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach Frieden um jeden Preis.**
8. **Die Loyalitätserklärung ist in allen Teilen zurückgewiesen worden. Die Erklärung ist auf Bauern, andere Grundeigentümer und Landbürgermeister beschränkt worden. Die in einer Menge von Fällen unter Drohungen erlangten Unterzeichnungen können die Annahme nicht rechtfertigen, daß die Mehrheit der Bauern der autonomen Regierung günstig gesinnt sei.**

Ein englisch-französischer Rheinlandkonflikt.

Man weiß, daß zwischen den englischen und französischen Besatzungsbehörden und den Franzosen dauernd ein stiller Kampf hin und her geht, der von den Franzosen ganz offen mit dem Ziele geführt wird, den Engländern ihre Stellung in der Kölnischen Zone so zu erschweren, daß die englische Regierung ihre Truppen abberuft. Wir haben gesehen, daß deshalb z. B. auch der englische Vertreter in der Rheinlandkommission stets überstimmt wird, und als Neuestes im Rahmen dieses Dauerkonfliktes hat man jetzt ernstliche Zusammenstöße zwischen den englischen Behörden und der französisch-belgischen Eisenbahnregie zu verzeichnen. **Nach englischen Blättern beabsichtigt die englische Regierung in Paris und Brüssel eine sehr dringliche Anfrage über gewisse systematische Versuche der französisch-belgischen Regie zu fordern, die es darauf anlegt, durch geschickte Blockademaßnahmen den Engländern in der Kölner Zone Schwierigkeiten zu bereiten.** Man habe, so heißt es auf englischer Seite, bisher geglaubt, den so geschaffenen Zustand auf die technische Unfähigkeit der französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung zurückführen zu müssen, wenn sich aber jetzt herausstelle, daß der Plan bestehe, sich auf diesem Umwege die Kölner Zone in die Hand zu spielen, so würde dadurch zu dem schon bestehenden Konflikt wegen der Pfalz noch ein weit ernsterer Zwischenfall geschaffen werden. Es ist begreiflich, daß die Engländer jetzt unwirsch werden, **aber der Plan der Regie ist überhaupt doch nur deshalb möglich gewesen, weil die Engländer seinerzeit keinen Anstand genommen haben, den Franzosen und Belgiern eine Eisenbahnlinie nach der andern zu überlassen und ihren Machtbereich selber zu beschränken. Man wird daher wohl auch jetzt nicht allzu große Hoffnungen hegen dürfen, daß sie mit ihrem Einspruch Wesentliches erreichen.**

Die Wahlreform

wird Ende dieser oder Anfang nächster Woche das Reichskabinett beschäftigen, nachdem die beteiligten Ressorts bereits seit längerer Zeit sich mit ihr befaßt haben. Veranlaßt worden ist die Vorlage zunächst durch das Versprechen, das die Reichsregierung im Reichsrat abgegeben hat, dahingehend, daß **die Zahl der Abgeordneten eine Verminderung erfahren wird.** Bei dieser Gelegenheit ist angeregt worden, zugleich den immer lauter werdenden Wünschen aus Parteikreisen auf Wiedereinführung der **Einmännerwahlkreise** Rechnung zu tragen. Doch kann dies nur im Rahmen des Verhältniswahlsystems erfolgen, das verfassungsmäßig festgelegt ist, und an dem die Regierung zu rütteln nicht beabsichtigt. Eine Verminderung der Abgeordnetenmandate ließe sich einfach dadurch erreichen, daß man den Wahlquotienten, der das letztemal 60 000 betragen hat, entsprechend erhöht. Bei einem Quotienten von 80 000 würde die Zahl der Abgeordneten sich von jetzt 459 um etwa 120 verringern. Aber eine derartige mechanische Herabsetzung begegnet schwersten Bedenken, zumal da jetzt schon mit Recht darüber geklagt wird, daß die Abgeordneten außerstande sind, die parteipolitische Unterrichtung der Wähler in dem genügenden Maße vorzunehmen. Man wird sich daher in der Verminderung der Mandate große Zurückhaltung auferlegen müssen.

Die Wiedereinführung der Einmännerwahlkreise

dient dem durchaus billigungswerten Zweck der Herbeiführung eines engeren Verhältnisses zwischen Wählern und Gewählten; wie die Maßnahme erfolgen soll, dürfte noch nicht feststehen. Doch ließe sich jener Zweck erreichen unter Beibehaltung der Grundlagen des Verhältnisses, wenn man die jetzigen Wahlkreisverbände beibehält, sie auf Grund des Quotienten in Einzelwahlkreise zerlegt und die überschießenden Stimmen einer **Reichswahlliste** zuführt, die aber nur eine beschränkte Zahl von Sitzen enthält, so daß die dann noch verbleibenden Stimmen wieder dem Wahlkreisverband bezw. Wahlkreise mit den höchsten Stimmen zugeführt werden. Übrigens ist die Wahlreformvorlage damit noch nicht gesichert, daß sie demnächst an das Kabinett gelangt. Denn die Stellungnahme der Gesamtregierung zu den Vorschlägen ist noch nicht feststehend. Auch haben noch nicht Besprechungen der Parteiführer mit der Regierung über diese Frage neuerlich stattgefunden.

Die Regierung Baldwin durch Mißtrauensvotum gestürzt!

London, 22. Jan. (WTB.) Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei wurde vom Unterhause mit 328 gegen 256 Stimmen angenommen.

Baldwin verteidigte die Politik der Regierung

und erklärte, wenn sie heute nacht besiegt werden sollte, würde sie ihrer Nachfolgerin keine ungelösten Probleme hinterlassen außer (!) der Reparationsfrage, der französischen Frage und der der Arbeitslosigkeit. (!!) Nach Erledigung von Fragen wurde die Debatte über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei von dem liberalen Führer Sir John Simon aufgenommen. Er kritisierte die Regierung, weil sie nicht unverzüglich nach den Wahlen zurückgetreten sei. Das Land brauche vor allen Dingen die Beseitigung einer Regierung, die eingestanden habe, daß sie ein wichtiges Problem nicht fördernd behandeln könne, und ihre Ersetzung durch Leute, die auf jeden Fall hofften, daß sie es könnten. Die Wählerschaft habe **sowohl die wilden Experimente der Schutzzöllner als auch des Sozialismus verworfen.** — Austen Chamberlain, der Simons Rede scharf kritisierte, erklärte, bei der nächsten Wahl werde das Land sich entweder für die Arbeiterpartei oder für die Konservativen entscheiden.

Im Laufe der Unterhausdebatte über den Mißtrauensantrag erklärte Macdonald, die innere Lage habe sich infolge des voraussichtlichen Regierungswechsels gebessert. Pflicht der Arbeiterpartei sei es gewesen, die Regierung bei erster Gelegenheit anzuklagen und ein Urteil über sie zu verlangen.

*

London, 22. Jan. (Unterhaus.) Die Niederlage der Regierung wurde von der Arbeitspartei mit Jubel begrüßt.

Im Laufe der Debatte gab der erste Lord der Admiralität eine Erklärung über das Schiffbauprogramm ab. Alle leichte Kreuzer würden im Laufe der folgenden 12 Jahre veraltet sein. Um sie zu ersetzen und die Zahl der Kreuzer auf ausreichender Höhe zu halten, sei es nötig, daß während der kommenden zehn Jahre insgesamt 52 Kreuzer zu bauen oder durchschnittlich fünf in jedem Jahre. Die gegenwärtige Regierung habe die sofortige Inangriffnahme des Baues von acht leichten Kreuzern und drei U-Booten, zwei Kanonenbooten, einem Flugzeugmutterschiff und einem Minenleger vorgeschlagen. Das gesamte Programm werde unverzüglich Arbeit für 32 000 Arbeiter schaffen.

Dollar unverändert.

1 französischer Frank = 191 021 Geld, 191 921 Brief.

Die französischen Rüstungen ein Skandal.

Neuyork, 22. Jan. (Priv.-Telegr.) Die Zeitungen bringen große Kommentare übe[illegible] ...hat, daß Frankreich und It[illegible] ...en an Amerika nicht zu [illegible] ...en jetzt insgesamt mit Bo[illegible] ...he Zeitungen darauf hin[illegible] ...ich das größte Heer der [illegible] ...cht bezahle.

Im Zusammenha[illegible] ...te) Meldung an Wahrsch[illegible] ...gs- schuldenfrage neu bem[illegible]

Der St[illegible]

Berlin, 22. J[illegible] ...ge Strindbergs ist der jä[illegible] ...nd seine Zeit“ von Dr. [illegible]

Attentat im [illegible]

Warschau, 22. [illegible] ...on- nerstag ist im Zuge[illegible] ...ten Moritz Bertholb, der [illegible] ...im Kreise Kulm ansässig [illegible] ...eil. in dem Berthold saß[illegible] ...das Reisegepäck zu bemä[illegible] ...isse bedrohte. Auf die Hi[illegible] ...er- letzte Berthold leicht.

Der [illegible]

Crenaa, 22. J[illegible] ...ete deutsche Schoner Old[illegible] ...und hat die Reise fortgese[illegible]

[illegible]

Neuyork, 22. [illegible] ...ird, haben gestern die bei[illegible] ...ia“ und „Ergen Cothayer[illegible] ...obei sie von den Schiffen der revolutionären mexikanischen Flotte Geschützfeuer erhielten. Im Hafen von Veracruz sammeln sich augenblicklich acht Schiffe der amerikanischen Flotte, um im Hafen von Tampico die freie Durchfahrt für amerikanische Tankdampfer zu erzwingen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319240122-18/fragment/page=0007